

Arbeiter-Zeitung

A

Da wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Reubner Straße 50, Fern-
sprecher 480 39. Postkontos: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Reubner Straße 50 (Vorder-
haus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Reubner
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Über 200 proletarische politische Gefangene im Hungerstreik

Arbeiter, kämpft für Freilassung eurer eingekerkerten Klassenbrüder! / Kämpft gegen Sondergerichtsjustiz!

Wie uns von der Roten Hilfe gemeldet wird, sind in Berlin in den Strafanstalten von Moabit, Tegel und Bismarck sowie in Bergedorf, Lübeck und Auerbach die proletarischen politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Nach den bisherigen Nachrichten befinden sich bereits über 200 proletarische politische Gefangene im Hungerstreik.

Durch Verordnung der Reichsregierung sind den proletarischen politischen Gefangenen alle bisher gewährten geringfügigen Vergünstigungen, die sie gegenüber den kriminellen Gefangenen hatten, genommen worden. Dazu wurde die Kost so verschlechtert, daß die Gefangenen damit nicht mehr existieren können.

Der Hungerstreik der proletarischen politischen Gefangenen muß die gesamte Arbeiterchaft zu Hilfe rufen. Protestiert überall gegen die Drangsalierung unserer Gefangenen! Verstärkt den Kampf gegen das System der Sondergerichte und für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

Steinbrucharbeiter begrüßen Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion

Protestieren gegen die Sondergerichtsjustiz und fordern Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen

Jauer, 31. August. Die Betriebsversammlung des Steinbruchs Kalthaus — Belegschaft 350 Mann — hat folgende Entschliebung — auch mit den Stimmen der Nazitarbeiter — einstimmig angenommen:

„Die Belegschaft der BSG. Großer Bruch, Kalthaus, hat sich mit den Anträgen der kommunistischen Reichstagsfraktion beschäftigt und begrüßt diese als Forderungen aller Arbeiter. Sie sind sich bewußt, daß diese Forderungen nur im schärfsten Klassenkampf aller Betriebsarbeiter und Erwerbslosen ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit erkämpft werden können. Wir protestieren aus schärfster gegen die Sondergerichte, insbesondere gegen das Schandurteil von Ohlau gegen Reichsbannerkameraden und Kommunisten.

Wir fordern sofortige Freilassung der Ohlauer Arbeitsbrüder und aller proletarischen politischen Gefangenen.

Wir verpflichten uns, alle Kräfte einzusetzen und praktisch den Kampf gegen den Faschismus und neue Hungerangriffe zu organisieren, den roten Massenelbstschutz im Betriebe zu schaffen. Nicht der sozialdemokratische Betrug der „Sozialisierung mit Entschädigung der Kapitalisten“ kann uns retten, sondern die Organisierung des Kampfes im Betrieb gegen die faschistischen Hungerangriffe. Bei Auflösung des Reichstages durch die faschistische Papen-Regierung — was verstärkte Anebelung der Arbeiterorganisationen bedeutet — beschließen wir die Durchführung des Proteststreiks zur Sicherung der Rechte und Existenzbedingungen der Arbeiterschaft. Wir rufen alle schlesischen Betriebe auf, unserem Beispiel zu folgen.“

Dank Hitler „zermalmende Lohnsenkungen“!

Gegen die von Papen angekündigte Notverordnung zwecks erneuter Lohnsenkung schreiben die Naziblätter radikale Phrasen. Die Berlin-Brandenburger „Nationalpost“ spricht von „zermalmenden Lohnsenkungen“. Aber die Nazis vergessen eine „Kleinigkeit“: Das Kabinett Papen verdanken wir nur Hitler und der Tolerierungspolitik der NSDAP. Die neue Notverordnung zum Lohnabbau ist nur möglich, weil Hitler Papen in den Sattel gehoben hat.

Kampf gegen Lohnabbau ist Kampf gegen Papen und Hitler!

Auch die Delegierten der Erwerbslosen!

Girschberg, 31. August. Die am 29. August stattgefundene Sitzung der Erwerbslosen des Kreises Girschberg hat an den Reichstag folgendes Telegramm geschickt:

„Die Delegierten der Erwerbslosenausschüsse des Kreises Girschberg begrüßen die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion und geloben, alle ihre Kraft zur Durchsetzung ihrer Forderungen einzusetzen. Es lebe die Antifaschistische Aktion gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau und faschistische Hungerdiktatur!“

Schreckensurteile gegen Arbeiter und Proletariermütter

Der Antifaschist Minkus schleudert dem Sondergericht entgegen: „Auch im Zuchthaus bleibe ich ein Soldat der Revolution!“ / Proletariermütter werden ins Gefängnis geworfen

Beuthen, 1. August. (Eig. Drahtbericht.) Am 9. Juni verhandelte in Mikulstsch die Erwerbslosenlegierten mit dem Gewandevorsteher zur Rücknahme der Unterstützungszuzugungen. Vor dem Gemeinbeamt hatten sich die erwerbslosen Männer und Frauen eingefunden, um das Ergebnis der Verhandlung abzuwarten. Die Polizei ging brutal mit dem Gummiknüppel gegen die erwerbslosen Männer und Frauen vor und verhaftete wahllos. Dieser Vorfall fand gestern in Beuthen vor dem Sondergericht zur Verhandlung. Es wurden folgende Urteile gefällt:

Der Grubenarbeiter Pawlizek zwei Jahre Zuchthaus; Maurer Minkus, 19 Jahre alt, zwei Jahre Zuchthaus; Grubenarbeiter Girschig ein Jahr sechs Monate Zuchthaus; die Arbeiterfrau Maria Biallas neun Monate Gefängnis; Arbeiter Stawina neun Monate Gefängnis; Arbeiterfrau Dzieluch, Arbeiterfrau Jarczel, Arbeiterfrau Janosha, Arbeiterfrau Bonczyk, Grubenarbeiter Bednarek, Meßer Siegel und Arbeiter Wolniska je sechs Monate Gefängnis; Arbeiterfrau Kolodziej sieben Monate Gefängnis.

Die Arbeiterfrau Biallas hat fünf Kinder im Alter von 1 bis 5 Jahre und Frau Bonczyk hat acht Kinder vom Säugling an. Die Frau Biallas gab in der Verhandlung an, daß sie für ihre fünf Kinder schon in der Mitte der Woche kein Brot mehr im Hause habe und das gleiche Los trifft auch Frau Bonczyk. Der 19jährige Maurer Minkus erklärte:

„Wenn ich zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt werde, dann trete ich die Strafe an, aber ich bleibe auch im Zuchthaus ein Soldat der Revolution!“

Hier ertönte Beifall im Zuhörerraum. Daraufhin wurde der Zuhörerraum polizeilich geräumt.

Diese neuen Schreckensurteile gegen hungernde antifaschistische Arbeiter und Proletariermütter, die von ihren kleinen Kindern weggerissen werden, müssen eine stürmische Protestwelle in allen Betrieben und Stempelstellen auslösen. Millionenfach muß der Kampf in den Betrieben und Stempelstellen erschallen:

Fort mit der Sondergerichtsjustiz! Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

Schwere Kerkerstrafen des Berliner Sondergerichts

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtber.) Das Berliner Sondergericht verurteilte gestern wieder eine Anzahl Arbeiter zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen wegen eines Zusammenstoßes mit Nationalsozialisten am 18. Juni, also vor Erlass der Terror-Notverordnung. Es wurden verurteilt: der Elektromonteur Born wegen schweren Landfriedensbruchs zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, der

Schneider Berner Kemp und der Arbeiter Georg Gielow wegen schweren Landfriedensbruchs zu je zwei Jahren Gefängnis, der Schriftsetzer Helmut Ritsch und der Arbeiter Fritz Schabewald zu neun Monaten Gefängnis.

Nächste Reichstagsitzung 8. September

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtber.) In der gestrigen Sitzung des Reichstagspräsidenten wurde beschlossen, die nächste Reichstagsitzung für Donnerstag, den 8. September, einzuberufen.

Sammelt für die streikenden belgischen Bergarbeiter!

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter hat aus den gesammelten Geldern den streikenden belgischen Bergarbeitern 500 Mt. überwiesen. 375,65 Mark sind vom Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands aus Sammelbeträgen für die belgischen streikenden Bergarbeiter eingegangen.

Steigert die Sammlung für die belgischen Kumpels! Schickt schnell die gesammelten Beträge ein!

Internationales Komitee
der Bergarbeiter

Die verschärfte Lohnabbauoffensive setzt ein!

Ruhrkapitalisten wollen das Papenprogramm durchführen / Textilkapitalisten provozieren / Alarm für alle Arbeiter!

Die Kohlenbarone des Ruhrreviers haben die Lohnordnung zum 30. September gekündigt, „um die bisherige Lohnfestsetzung durch eine den unterschiedlichen Verhältnissen der 160 Schachtanlagen des Ruhrreviers besser gerecht werdende Regelung zu ersetzen“. Das klingt ähnlich wie manche Formulierungen aus der Rede des Reichszanlers v. Papen, wie denn auch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ am 30. August zum Papen-Programm begeistert schreibt:

„Das ist die Politik, für welche die Deutsche Bergwerks-Zeitung“ seit vielen Jahren unermüdlich gekämpft hat.“

Die Ruhrkapitalisten wollen also das Papen-Programm durchführen; durch ihre Forderungen nach einem neuen Lohnabbau leiten sie die verschärfte Lohnabbauoffensive des Unternehmertums ein.

Die Bergarbeiter können aber keinen neuen Lohnabbau ertragen! Selbst nach amtlichen Feststellungen beträgt der durchschnittliche Schichtlohn im Ruhrbergbau 7,08 Mark. Dabei kann die überwältigende Mehrzahl der Bergarbeiter schon längst nicht mehr sechs Schichten pro Woche verfahren, schon längst sind jede Woche einige Feiertagschichten eingelegt, viele Bergarbeiter arbeiten nur noch ein und zwei Schichten die Woche. Außerdem steht fest, daß infolge des ununterbrochenen Abbaues des Gedinges (Affordolöhne), die meisten Bergarbeiter den durchschnittlichen Schichtlohn nicht mehr erreichen können. Bedenkt man, daß von dem Lohn noch Abzüge für Steuern, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung u. a. bis zu 20 Prozent des Lohnes abgehen, so kann man ermessen, zu welchem Hungerdasein die Bergarbeiterfamilien verurteilt sind. Wenn jetzt unter Berufung auf das Papen-Programm die Unternehmer einen neuen Lohnabbau und die willkürliche Lohnzahlung durchführen wollen, so kann es nichts anderes geben als die entschlossene und einheitliche Gegenwehr auf allen Zechen.

Auch die Textilbarone wollen jetzt das Papen-Programm durchführen. Am 29. August sind die Lohnverhandlungen für das weisfällische Tarifgebiet gescheitert. Die Forderungen der Textilunternehmer waren so ungeheuerlich, daß es selbst die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht wagen konnten, den geforderten Bedingungen zuzustimmen. Es genügt, wenn wir anführen, daß die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt:

„Die Forderungen der Textilindustriellen sind so maßlos, daß sie nur als Provokation betrachtet werden konnten. Die Unternehmer glaubten, unter dem neuen politischen Kurs und unter dem Druck der Krise den Textilarbeitern diktieren zu können.“

Am 1. September besteht nun für die weisfällische Textilindustrie ein tarifloser Zustand. Die betrieblichen Vorstände der Unternehmer werden nur vertärkt einlegen. Daß die schließlichen Textilarbeiter hungern, kann heute selbst von der kapitalistischen Presse nicht mehr bestritten werden. Das Elend ist unbeschreiblich. Trotzdem wollen die Textilkapitalisten diesen hungernden Textilarbeitern einen neuen Lohnabbau aufzwingen und auch die Textilkapitalisten haben sich darauf berufen, daß ihre Forderungen im Sinne des Papen-Programms liegen.

Die Angriffe der Kohlen- und Textilbarone sind nur die Einleitung der verschärfsten Lohnabbauoffensive, die jetzt losbricht. Die Unternehmer warten nur auf das Erscheinen der neuen Papen-Notverordnung, um dann in Tausenden von Betrieben aller Industriezweige vorzustößen.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer tun nicht das geringste, um die neuen Vorstände des Unternehmertums abzuwehren. Die christlichen Gewerkschaftsführer drängen zur Koalition mit den Nazis, die das Papen-Kabinet in den Sattel gehoben haben und denen kein Lohnabbau weit genug geht. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind ebensowenig gewillt, den Kampf gegen die Unternehmerröffen zu führen. Sie reden nur in Worten vom Kampf, in Wirklichkeit haben sie keinen der zahlreichen betrieblichen Kämpfe in der letzten Zeit unterstützt, sondern alles eingeseht, um jeden Kampf der Arbeiter zu verhindern. Alle betrieblichen Kämpfe der letzten Wochen und Monate standen unter oppositioneller Führung. Darum muß von allen Belegschaften der Ruf des Reichskomitees der R G O. gehört werden.

Jetzt muß in allen Betrieben die Einheitsfront aller Arbeiter, der christlichen, sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter, gegen die Lohnabbauoffensive zustande kommen! Nehmt in allen Betrieben Stellung, mobilisiert zur Gegenwehr unter oppositioneller Führung! Wenn so in Tausenden und Zehntausenden von Betrieben die kämpfende Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion zustande kommt, so wird es gelingen, die Lohnabbauoffensive zum Scheitern zu bringen und neue Erfolge im Kampf für die Forderungen der Arbeiterschaft zu erringen.

und in aller Form empfangen worden, und zwar waren Leipart und Eggert beim General von Schleicher. Dabei wurde ihnen mitgeteilt, daß die Regierung hofft, durch den Arbeitsdienst eine Million Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Ich frage: Was haben unsere Führer vor? und ersuche gleichzeitig die Genossen, die Augen offen zu halten. Ich übernehme für das, was ich sagte, die volle Verantwortung.“

Hier wird also der geheime Ruchhandel zwischen den ADGB, Epigen und der Papen-Regierung von einem SPD-Funktionär, der diesen Dingen nachgeforscht hat, bestätigt. Diese Beziehungen der reformistischen Gewerkschaftsführer zur Papen-Regierung erklären auch, warum die Gewerkschaftsbürokratie den neuen Lohnabbau-Feldzug der Papen-Regierung nur mit ein paar hohlen Phrasen beantwortet hat und nichts tut, um den Kampf der Arbeiter gegen diesen Lohnabbau zu organisieren!

Die 35 SPD-Mitglieder, die die Enthüllungen des Junthons Ahlfeldt anhörten, waren natürlich aufs tiefste empört über diese verräterische Politik ihrer Führer. Genau so werden auch alle SPD-Arbeiter im ganzen Reich empört sein, wenn sie davon lesen. Aber diese Empörung allein hilft doch nicht weiter. Es muß gehandelt werden! Wollen die SPD-Arbeiter, obwohl sie wissen, welches verräterische Spiel ihre Führer treiben, sich weiter zum Opfer einer solchen Parteiführung machen? Hier heißt es, die Konsequenz ziehen: Schluß mit dieser verräterischen Politik, hinein in die rote Einheitsfront, und dort gekämpft gegen Lohnabbau und Faschismus!

Was Zentrumsführer über die Nazis sagten

Und heute machen sie Koalition mit den Nazis! Kaas gelobt: Keine Koalition mit den Nazis!

Am Montag, dem 29. Februar, hielt der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, in Berlin vor einer Vertreterversammlung der Berliner Organisation des Zentrums eine große Rede, in der er wörtlich sagte:

„Bei einer anderen Gelegenheit habe ich öffentlich ausgesprochen, daß ich im vaterländischen Interesse jederzeit bereit wäre, die gesamte Zentrumspartei in eine andere, umfassendere politische Neugruppierung hinüberzuführen. Ich habe keine Veranlassung, von diesen Worten auch nur einen Buchstaben rückgängig zu machen. Aber für das „Dritte Reich“ gilt diese Differenz nicht. Wir haben keine Lust, diesen politischen Sturzflug mitzumachen.“

So verstandete damals — vor der Präsidentschaftswahl — der Führer des Zentrums, und die Zentrumsanhänger glaubten ihm. Heute aber sehen sie, daß derselbe Kaas bereit ist, das Zentrum in die Koalition mit den Nazis hineinzuführen und den politischen Sturzflug (den Abzug in den Untergang) mitzumachen.

Die christlichen Gewerkschaften über den Nationalsozialismus

In einem Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands „An die christliche Arbeiterschaft“, den der „Deutsche“ am 18. Februar 1932 veröffentlichte, heißt es über den Nationalsozialismus:

„Das äußere Gebaren des Nationalsozialismus, seine Gewaltanwendungen sind barbarisch und stehen im Gegensatz zu jeder christlichen Lebensform. Der Nationalsozialismus gefährdet vor allem die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft. ... Der Nationalsozialismus will den Weg zu einer Zukunftsordnung gewaltsam zerstören. Sein Ziel ist die Diktatur des brutalen Machtgedankens. Und hinter ihm stehen starke Kräfte der Reaktion, die von seinem Sieg als „Ware“ für ihre „Wohlfahrt“ die Ausschaltung und Vernichtung der Gewerkschaften erhoffen. Die Diktatur des Nationalsozialismus, dem die „Massen“ nur Mittel zur Erreichung der Macht sind, würde die Arbeiterschaft wieder in ein Sklavensystem zurückwerfen, das der Kampf der Arbeiterbewegung eben erst gebrochen hat.“

Aber mit diesen reaktionären Kräften, mit den nationalsozialistischen Schutztruppen des reaktionären Scharfmacherkapitals will die Bürokratie der christlichen Gewerkschaften jetzt Koalition machen!

Nationalsozialismus verdirbt das Volk!

In einem Wahlaufruf der preussischen Zentrumspartei, welchen die „Germania“ am 18. April veröffentlichte, heißt es:

„Unter dem Einfluß des jetzigen Führers der Deutschnationalen Partei hat man jene volksverderbende Bewegung des Nationalsozialismus ermutigt und begünstigt: eine Bewegung, die bürgerliches Rechtsbewußtsein gemeinsam bedroht, Sitt- und Gerechtigkeit züchtet, christliche Glaubensbegriffe pervertiert und unser Volk an den Rand des Bürgerkrieges getrieben hat.“

So schrieben und sprachen noch vor ein paar Wochen die Führer der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei. Jetzt aber wollen sie ihren werktätigen Massen plausibel machen, es sei notwendig, daß sich das Zentrum mit der „volksverderbenden“, die „soziale Entwicklung gefährdenden“, „erzreaktionären“ Hitlerpartei zur Koalition zusammenschließen muß? Den Millionen werktätigen Zentrumsmitglieder geht jetzt ein Licht auf, wie lächerlich sie von den Führern des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften betrogen worden sind!

SPD-Funktionär bestätigt Verhandlungen mit Schleicher

„Ich übernehme für das, was ich sage, die volle Verantwortung“

Am 25. August fand in Berlin-Charlottenburg eine Sitzung der sozialdemokratischen Erwerbslosenfraktion statt, die von etwa 35 Personen besucht war. Dort teilte der Fraktionsleiter Ahlfeldt folgendes mit:

„Ich halte es für meine Pflicht, euch in voller Offenheit zu unterrichten. Ich habe mich bei fünf führenden Genossen (hier machte er genauere Angaben, die wir aus besonderen Gründen nicht mitteilen wollen) erkundigt, ob die Enthüllungen der „Roten Fahne“ in bezug auf die Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Papen-Regierung den Tatsachen entsprechen. Es ist wahr: Die Gewerkschaftsführer



Schwerindustrie jubelt über Papens Programm

Mit Freuden begrüßen die Rhein- und Ruhrkapitalisten das Programm der von den Nazis in den Sattel gehobenen Papen-Regierung. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der westlichen Großkapitalisten, schreibt am 30. August zum Papen-Programm:

„Das ist die Politik, für welche die Deutsche Bergwerks-Zeitung“ seit vielen Jahren unermüdlich gekämpft hat. . . Wie wir nach Umfrage bei der rheinisch-westfälischen Industrie feststellen konnten, steht man dem Programm der Reichsregierung durchaus positiv gegenüber.“

Sofort haben auch die Unternehmer des Ruhrbergbaus den Lohntarif zum 30. September gekündigt, um einen neuen Lohnabbau und die willkürliche Lohnzahlung durchzusetzen.

Die Antwort der Arbeiter kann nur sein: Macht alle Betriebe streikfertig! Schließt fester die Kampfreihen!

Vorwärts in der Antifaschistischen Aktion!

Gegen Standrecht

Gegen Arbeitsdienstpflicht und Notverordnungen! Heraus zur Massenversammlung am Freitag, dem 2. September, 20 Uhr, im großen Saale des „Schiefwerder“

Zwei Monate Bergarbeiterstreik in Belgien

Mehr als hunderttausend Bergarbeiter stehen seit fast zwei Monaten in ihrem heroischen Streik. Sie kämpfen nicht nur gegen die Grubenbarone, die sie in ein Hungerdasein hineingeworfen wollen, sondern auch gegen die reformistischen Führer, die sich in ihrer Rolle als getreue Verbündete der Bourgeoisie immer mehr auch vor den sozialdemokratischen Massen enthüllen. Die reformistischen Führer sind mit ihren Verratsaktionen noch nicht am Ende angelangt. Gegenwärtig führen sie geheime Verhandlungen mit den Grubenbaronen und der Regierung. Sie pendeln hin und her zwischen dem Arbeitsministerium und den Direktionen der Kohlengruben, sie verteilen die Forderungen der Grubenbarone. Sie versuchen durch diese Verhandlungen den kämpfenden Bergarbeitern zu beweisen, daß die Grubenarbeiter nur durch die „Gnade“ der herrschenden Klasse nicht im Kampf gegen dieselbe ihre Existenz sichern können.

Aber die Wirtschaftskrise ist derartig, die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie selbst sind so stark, daß die Regierung die Kontingentierung des Kohlenimports im Verhältnis von 28 Prozent zu dem im Jahre 1930 eingeführten Menge, wie die Reformisten im Namen der Grubenbarone verlangten, nicht zustimmen konnte. So verließen denn am letzten Mittwoch die reformistischen Herolde der Grubenbesitzer das Arbeitsministerium mit leeren Händen. Ganz bekümmert und beschämt mußte der „Peuple“ (vom 24. August) anerkennen, daß „die glückliche Auswirkung auf den Streik, die man von der Zusammenkunft erwartete, nicht eintreten konnte“. Das „glückliche“ Ereignis, das das Ziel der Wünsche und Träume der Bourgeoisie und der reformistischen Führer bildet, ist die Beendigung des Streiks — zu ihrem Vorteil, d. h. die Niederlage der Bergarbeiter.

Aber die Bergarbeiter haben aufgehört, diesen Niederlagenstrategen zu folgen. Sie wissen, daß sie nur in erbittertem Kampf gegen ihre Ausbeuter ihre Existenzbedingungen verteidigen können und daß das Zentralproblem in der gegenwärtigen Lage des Kampfes die rücksichtslose Fortsetzung des Streiks der Bergarbeiter und die Ausdehnung des Kampfes auf andere Industriezweige ist. Bei jedem Schritt aber stoßen sie auf die Verratsaktionen der reformistischen Führer und von Tag zu Tag verbreitert sich die Kluft zwischen den Massen, die kämpfen wollen, und den Führern, die den Kampf abwürgen wollen.

Ein frappierendes Beispiel haben wir im Zentralrevier, wo die revolutionäre Gewerkschaftsopposition rasch an Einfluß gewinnt und wo sich die reformistischen Führer an ihrem Apparat festklammern und verzweifelte Anstrengungen machen, um nicht von den Massen weggesagt zu werden. Zu der Versammlung der Verbandsmitglieder, die in Solimont stattfand, war Achille Delattre, der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes, selbst gekommen, um zu versuchen, den revolutionären Kampfwillen der Bergarbeiter zu brechen. Während die Verbandsführer dafür gesorgt hatten, daß Gendarmen vor die Tür gestellt wurden, um Delattre und seine Clique zu schützen, ließen sie den Saal innen von den konterrevolutionären Rollkommandos „bewachen“, denen die Führer der Belgischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften den Titel „Arbeitermilliz“ zugelegt haben.

Der Zugang zum Saal wurde auf das strengste kontrolliert, und dennoch war der erste Satz, den Delattre bei seiner Rede in der Versammlung aussprach: „Betrachtet man mich als einen Feind oder als einen Freund?“ Seine ganze Rede war ein einziger Versuch, sich vor den Bergarbeitern reinzuwaschen. Sie hatte schließlich nur den einen Erfolg, noch deutlicher den Gegensatz zwischen dem Kampfwillen der Bergarbeiter und dem Willen der reformistischen Führer, denselben zu brechen, hervorzuheben. Während die Bergarbeiter in ihren Diskussionsreden und in den Resolutionen der Sektionen den Hungertarifvertrag angreifen und seine Aufhebung fordern, verteidigt Delattre ihn. Während die Bergarbeiter sich weigern, dem Zwang zur Leistung der Sicherheitsarbeiten nachzukommen und lieber ins Gefängnis gehen als Streikbrucharbeit zu machen, fordert er die gewerkschaftliche Kontrolle über die Durchführung dieser Arbeiten, um so die erste Grundlage für den Streikbruch zu liefern. Vier Stunden lang versuchte er vergeblich, das Ver-

Feste Streiffront in Lancashire

Große Kundgebungen der Streikenden — Reformisten rufen die Regierung zu Hilfe gegen Streik

LONDON, 31. August. Heute morgen standen 180 000 Baumwollarbeiter im Streik. Die Arbeit ruht in folgenden Städten vollständig: Burnley mit 80 000 Stühlen, Haslingden (14 000), Northon (49 000), Colne (20 000), Wadham (11 000), Blackburn (65 000), Preston (50 000), Accrington (8400), Ramsbottom (8500), Rishton (5400), Wigan (6200), Skipton (6700). Alle Betriebe dieser Städte stehen vollständig still. In den anderen Orten gibt es nur sehr wenige Streikbrecher, mit Ausnahme jener Städte im Gebiet von Manchester, in denen es den Gewerkschaftsbürokraten angeht, die zu überreden, bei der Arbeit zu verbleiben. Die Arbeiter der einzigen Betriebe, die gestern in Blackburn arbeiteten, wurden von den Unternehmern angeführt der gewaltigen Massenstreikposten gestern abend geschlossen. Die Unternehmern haben heute morgen durch Anschlag bekanntgegeben, daß sie, „um den öffentlichen Frieden nicht zu gefährden“, keinen Versuch machen würden, die Betriebe in der nächsten Zeit wieder zu eröffnen.

Gestern gab es auch in Colne, Heywood, Rawtenstall, Accrington und Bacup große Kundgebungen. In der letztgenannten Stadt demonstrierten 2000 Arbeiter vor dem Hause der Betriebsleiter. Aus Yorkshire werden außerordentliche Polizeikräfte

herangezogen. In Burny, wo die Unternehmer keinerlei Lohnabbau angekündigt hatten, und deshalb kein Streik erwartet worden war, trafen drei Viertel der Betriebe gestern in den Streik.

Jay Compton, das ehemalige Parlamentsmitglied der Arbeiterpartei für Gorton und Vorsitzender der Abgeordneten der Arbeiterpartei aus Lancashire im letzten Parlament hat dem König ein Telegramm mit folgendem Wortlaut geschickt: „Erlaubt mir, die Regierung Eurer Majestät im Kampf in der Baumwollindustrie vermittelnd einzutreten. Alle Klassen des Volkes von Lancashire erwarten von den Ministern Seine Majestät Verhütung einer Beilegung des verderblichen Wirtschaftskampfes.“ Dieses Telegramm wird im heutigen „Daily Herald“ als erste Tagesneuigkeit gebracht.

Schwere Unruhen im englischen Streifgebiet

Manchester, 31. August. Am Dienstag kam es zu schweren Zusammenstößen in Garby im Lancashire-Gebiet, wo eine Demonstration von 2000 streikenden Webern von 100 Polizisten angegriffen wurde. Die Streikenden setzten sich gegen die Brutalitäten der Polizei mutig zur Wehr. Mehrere Arbeiter wurden verletzt. Die Polizei verhaftete eine Anzahl von Streikenden.

Kriegsblut Frankreich-England wird geschmiedet

Besprechungen zwischen Herriot und Samuel auf Jersey — Die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz — eine Konferenz des Wirtschaftskrieges gegen die Sowjetunion

PARIS, 31. August. (Sig. Meld.) Gestern trafen sich auf Jersey der französische Ministerpräsident Herriot und der englische Innenminister Sir Herbert Samuel. Diese Zusammenkunft der beiden Minister wird offiziell von den beiderseitigen Regierungen als belanglos bezeichnet, in Wirklichkeit jedoch spielen sich auf Jersey sehr bedeutungsvolle imperialistische Verhandlungen über den weiteren Ausbau der in Lausanne geschlossenen Entente Cordiale zwischen England und Frankreich ab. In erster Linie sollen die Verhandlungen — wie die bürgerliche Presse mitteilt — sich mit einem Zusammengehen des englischen und französischen Imperialismus auf der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz in Stresa beschäftigen.

Dieses Zusammengehen bedeutet in erster Linie die Herstellung einer Front gegen den amerikanischen Imperialismus, besonders in der Kriegsschuldfrage, und die Proteste, die jetzt

bereits in der amerikanischen Presse bemerkbar werden, zeigen ganz klar, daß die Weltwirtschaftskonferenz nicht zu einer Ueberbrückung, sondern zu einer weiteren Verschärfung der imperialistischen Gegensätze führen werden.

Auch der deutsche Imperialismus wird sich an der Weltwirtschaftskonferenz beteiligen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß gemäß dem in Lausanne eingeschlagenen Kurs der deutsche Imperialismus auch in Stresa bemüht sein wird, sich in den Bloc der imperialistischen Mächte einzureihen, die unter Führung Frankreichs nach Kriegsbekämpfung gegen die Sowjetunion dürften. Um so mehr hat das deutsche Proletariat die Pflicht, durch die Steigerung der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Kriegspolitik des deutschen Faschismus, die mehr denn je das Leben der Werktätigen bedroht, durch seinen Kampf durchkreuzt wird.

Japan baut Flottenstützpunkt in Port-Arthur

Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion

TOKIO, 31. August. Im Abgeordnetenhaus gab heute die japanische Regierung folgenden Plan bekannt: Der im Krieg gegen Rußland im Jahre 1904 eroberte Hafen Port-Arthur soll unverzüglich zu einem Flottenstützpunkt ausgebaut werden. Angeblich, um auf diese Art eine Verteidigung der mandchurischen Küste zu ermöglichen. Trotz dem riesigen Defizit der Staatskasse, soll mit dem Ausbau des Flottenstützpunktes noch in diesem Jahre begonnen werden.

Die Absicht, die mit diesem Ausbau des Flottenstützpunktes in Port-Arthur befolgt wird, liegt klar zutage. Dieser Flottenstützpunkt hat nur Wert in einem Krieg gegen die Sowjetunion.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

27. Fortsetzung

XXVI.

Kein Bolschewistenschiff.

Eine Minute warteten die Leute, dann plähten sie alle durcheinander.

„Um Gottes Willen, Gunnar“, rief Stanley, „was erzählst du ihm lange von Kaffee und alledem. Das erste, was wir wollen, ist ein Dollar die Stunde!“

„Ja“, fügte der Pole hinzu, „du hast uns alles vermasselt.“

„Well, ich wollte noch dazu kommen, aber der erste hat mich abgeschnitten“, verteidigte Gunnar sich.

„Nicht so eilig!“ unterbrach Slim. „Keine Aufregung! Das mit dem Kaffee hat nichts geschadet. Wir werden noch Gelegenheit genug haben, über das andere zu sprechen. Wollen erst mal abwarten, was der Alte macht.“

„Was glaubst du, was er tun wird?“ wollte der Professor wissen.

Slim lachte vor sich hin. „Wird uns wohl in Eisen legen.“

„Das imponiert mir nicht“, meinte der Professor entschlossen.

Eddie sprang auf und schüttelte ihm die Hand. „Gut gemacht, Professor. Hab schon immer gewußt, du hast was in dir.“

„Ja kam herein.“

„Was sagen die Heizer?“

„Die meisten sind mit uns.“ Friz peilte hinaus in den Gangway und winkte. Barney war ihm gefolgt unter dem Vorwande, auf die Toilette zu gehen. Friz rief ihn herein. Dann kam Shorty an, der allzu wichtig eine Mud Kaffee vor sich her trug. „Was ist los, was hat er gesagt?“

Während Stanley Wache stand, berichteten die anderen.

„Friz, geh zur Korbühle und sieh, was sich mit den Köchen machen läßt“, wies Slim ihn an. Dann, nach einer kurzen Pause: „Warte, nimm ein paar leere Bierflaschen mit und gehe auch zum Bootsdeck hinauf. Versuch mal ausfindig zu machen, was der Junker macht.“

Friz lächelte. „Ja, Ihr gebt mir hier all die feinen Bahntisches. Was kriegt ich eigentlich dafür?“ Seine scharfen kleinen Augen leuchteten. Stanley schob ihn durch die Tür. „Du bist doch unser Genosse.“

Nun wandte sich Slim an Shorty und Barney. „Am besten, Ihr verschwindet jetzt. Was Ihr zu tun habt, wißt Ihr ja.“

„Well, ich glaube nicht, daß alle bereit sind, den Kassen hier auf hoher See zu stoppen“, meinte Barney.

„Ich werde mithelfen“, versprach Shorty. „Ich werde mit den anderen sprechen. Gebt uns Bescheid, wenn wir losgehen sollen.“

Der Donkeyman und der Heizer gingen fort.

Slim griff Eddie heraus. „Du mußt nun folgendes tun. Erstens, den Schweden informieren und ihn zum Mitstreifen bewegen, wenn er vom Kuber kommt. Zweitens, dich weigern, das Kuber zu nehmen, wenn sie den Schweden ablösen. Kannst du steuern, Eddie?“

„Ja, letzte Reise habe ich gesteuert.“

„Well, du hast alles vergessen, verstanden? Von Deckjungen kann man Steuern geleglich nicht verlangen.“ Slim überlegte.

„Wahrscheinlich hat der Steuermann dich deswegen auch nicht zur Arbeit aufgefordert! Aber wir werden ihn überreden.“

Eddie stimmte zu. Die Leute saßen allmählich Vertrauen zu Slims Führung.

„Bergiß nicht, Eddie: Hauptaufgabe, die Kollegen von der Maschine und die Stewards zum Streifen bewegen. Mach ihnen die Hölle heiß! Zwing sie, Solidarität zu zeigen und jeden Handschlag Arbeit abzuwehren, bis unsere Forderungen erfüllt sind.“

„Das ist die richtige Methode!“ rief Stanley.

„Wißt du das tun?“ fragte Gunnar.

Dem Jungen wurde es klar, daß man ihn vor große Aufgaben stellte. Er antwortete schüchtern: „Ich werde alles versuchen.“

„Allright“, sagte Slim. „Dann mußt jemand anders an Eddies Stelle ins Komitee. Ich beantrage, daß Eddie sich einen Stellvertreter aussucht.“

Die Leute fanden das in Ordnung. Ihnen gefiel diese Demokratie. Der Junge blickte sich um und ging dann schnurstraks zum Professor.

„Den da!“

Das war eine Ueberraschung, auch für den Professor. Der aber sprang aus seiner Koje:

„Ich bin einverstanden, das heißt, wenn Ihr mich haben wollt.“ Er sah wirklich aktivistisch aus. „Ich werde ihnen zeigen, ob ich mich schäme oder nicht!“

Keine Stimme erhob sich gegen ihn.

Friz polterte an die Tür. Er steckte seinen Kopf herein und rief schnell: „Achtung! Der erste kommt zurück! Der Alte und der Balki-Kapitän haben da oben miteinander geschlüstert. Der Junker schläft.“

Friz verschwand. Die Leute verhielten sich reglos. Suomi, der kleine Finne, war sehr nervös. Er sah bleich aus.

„Leg dich lieber hin“, rief Gunnar ihm zu, „aber sage nichts.“ Der erste kam. Steif und feierlich, wie ein Admiral. Diesmal blieb sein Schleppfahn vor der Tür stehen.

„Nun, Herrschaften“, schnarrte er wie ein Militärtribunal, „verweigert Ihr noch immer die Arbeit?“

Niemand antwortete. Slim wollte schon sprechen, entschloß sich aber dann, abzuwarten.

„Hat sich schon jemand überlegt, was das bedeutet?“ fragte der erste.

Schweigen. Gespanntes Schweigen. Gunnar rokte in den Spudnapf.

„Nun gut!“ Seine Stimme war drohend. „Sie werden die Konsequenzen ziehen müssen. Das Schiff ist auf hoher See, und der Herr Kapitän hat den Befehl gegeben, daß sich alle Meutere, sofort bei ihm melden sollen!“

Nun sprach Slim. „Die Mannschaft hier hat sich ein Komitee von drei Kollegen gewählt, die im Namen aller sprechen werden. Dieses Komitee wird nach oben gehen und mit dem Kapitän verhandeln.“

(Fortsetzung folgt)

Antifaschistische Sprechbühne in den Straßen Breslaus

Breslau, 31. August. Es wird uns mitgeteilt, daß am Dienstag der Betriebsversammlung in den Abendstunden in den Stadtteilen sich Sprechbühnen gebildet hatten, die mit Kampfparolen gegen die faschistische Gewerkschaft für den außerparlamentarischen Kampfbau, der den Streit um Arbeit, Brot und Freiheit in die Straßen durchbrachte. Am Westpark hat ein antifaschistischer Arbeiter an seine Mitsprachegenossen eine kurze Ansprache gehalten und diese zur Einwirkung in die Kampfbühnen der antifaschistischen Aktion aufgefordert. Die Redeschlagungen der Sprechbühnen riefen aus diesem Anlaß durch die Straßen der Stadt.

Wirtschaftsprogramm durch Notverordnung

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtber.) Das Reichsstatistikamt geht einer Sitzung ab, in der der Reichsstatistik-Vericht über die Konjunktur mit Hindenburg zusammentraf und die Notverordnung zum Wirtschaftsprogramm der Rationierung fertig gestellt wurde. Die Veröffentlichung der Notverordnung soll aber erst am Dienstag nächster Woche erfolgen.

Im Arbeitsdienstpflichtlager in Schußwien

Glogau. Wie es im Arbeitsdienstpflichtlager Schußwien aussteht, zeigt folgendes Bild, das uns zwei Jungarbeiter, die das Lager besuchen, übermitteln. Die Jungarbeiter besuchten am Sonntag, dem 27. August das Dienstpflichtlager, um dort die Verhältnisse in Augenschein zu nehmen. Mit ein paar Rezipen, die sie von der Chauvinisten mitgenommen hatten, betrat sie lausend das Lager. Sie fragten nach dem Leiter und ob sie denselben sprechen könnten. Der Leiter dieses Lagers, ein gewisser Herr Baum aus Breslau, erklärte im Feldwebelton: „Geben Sie erst Ihren Apfel, dann reden Sie mit mir“. In der weiteren Litterredung wurden den Jungarbeitern die Bedingungen erklärt, unter denen sie im Arbeitsdienstpflichtlager Aufnahme finden könnten. Man erklärte ihnen, daß erstens keine politischen Abzeichen getragen werden dürfen. Dieses Verbot erstreckt sich natürlich nur auf die Jungproleten im Dienstpflichtlager, soweit sie nicht Faschisten sind, denn die Faschisten laufen dort mit dem Falkenkreuz herum. Als zweite Forderung heißt es dort: „Dem Leiter unbedingte Gehorsamkeit leisten“. Die Arbeitszeit beginnt morgens um 7 Uhr und dauert bis nachmittags 3 Uhr, bei einer Pause von einer halben Stunde Frühstück. Den Jungarbeitern wurde weiter erklärt, daß sie Schippe oder Spaten selbst mitzubringen haben.

Bei der Befichtigung der Arbeitsstellen ergab sich folgendes: Eine Kolonne arbeitete in ungeheurer Hitze. Die dort beschäftigten jungen

Arbeiter erklärten zu einem großen Teil, daß sie den Dreck sofort hinauswürfen, wenn sie die Unterstützung bekämen. Eine zweite Kolonne arbeitete weiter oberhalb der Marsch. Sie waren mit der Anhebung des Summes beschäftigt. Jungarbeiter, jetzt könnt ihr noch in Vadehosen arbeiten, aber wenn es kälter wird, wo wollt ihr denn die warmen Sachen hernehmen? Die wenigen Pfenninge reichen kaum zur Beschaffung des notwendigen Essens.

Wir rufen den Jungarbeitern zu, geht nicht zum Arbeitsdienst, sondern kämpft um Arbeit zu Tariflöhnen oder um eine ausreichende Unterstützung, die euch ein menschliches Leben garantiert. Schließt euch als Jungproleten mit der gesamten werktätigen Jugend zum einheitlichen Kampf zusammen und marschiert am Sonntag, dem 4. September, zum 15. Internationalen Jugendtag gegen Hunger, Krieg, Faschismus und Arbeitsdienstpflicht, für eure Befreiung, für ein sozialistisches Vaterland-Deutschland.

Faschistischer Gutsherr bezichtigt Arbeiter als armes Pack

Frankfurt. Einige Erwerbslose gingen in den letzten Tagen auf die Wäldchen zu fischen und gerieten dabei auf das Feld des ehemaligen Gutsherrn. Während die Erwerbslosen dort fischen sammelten, erschien der Gutsherr und verbot den Fischen zu jagen. Er erklärte den Erwerbslosen, daß er für das arme Frankfurt nichts übrig habe. Ein Erwerbsloser erinnerte den Gutsherrn daran, daß er vor zwei Jahren, als ihm die Kartoffeln eingefroren waren, er das „Frankfurter Pack“ aufsuchte, damit sie ihm helfen könnten die Kartoffeln auszubuddeln. Als sich die Erwerbslosen diesem faschistischen Gutsherrn entgegenstellten, rüdte er aus, um einer proletarischen Abreibung zu entgehen.

Klassenkämpfer, so sehen die Leute aus, die bei der letzten Wahl die „Arbeiterfreundlichkeit“ selber waren, die mit euch schmugelten und um eure Stimme buhten. Heute nennen sie euch nur noch das „arme Pack von Frankfurt“. Unterbrückt Proletariat schließt euch darum zusammen zu einer Einheitsfront aller Kernen gegen die Reichsregierung, um Arbeit, Freiheit und Brot. Reicht euch ein in den roten Massenstreik.

Wenn ihr keine Miete zahlt, könnt ihr draußen wohnen

Fach Warmbrunn. Was soll nicht alles ein Wohlfahrtsempfänger von seinen Hungergeplöhen für Ausgaben bestreiten. Daß die Unterstützung selbst nicht einmal zur Bestreitung der nackten Lebenserhaltung ausreicht, dafür sorgten die letzten Notverordnungen der Rationierung. Aber auch Miete soll von der Hungerunterstützung gezahlt werden. Wer keine Miete zahlt, der soll „draußen wohnen“, so erklärte auch Frau Hüter dem erwerbslosen Kollegen Paul Wien, Schloßstraße 7. Dieser Kollege erhält eine geringe Unterstützung und soll davon pro Monat 15,05 Mark Miete bezahlen. Eine Güteverhandlung, die im Verein des Erwerbslosenvereins und des Wirtininspektors Wende stattfand, brachte keine Einigung. Die Wirtin forderte, daß die Gemeinde von der letzten Wohlfahrtunterstützung dem Kollegen ein Betrag von 3,50 Mark pro Woche in Abzug gebracht werden soll. Das Wohlfahrtsamt hat auch dem Antrag dieser Hausbesitzerin stattgegeben und in der vergangenen Woche bereits zum ersten Male den Abzug von 3,50 Mark getätigt.

Diese Maßnahme muß mehr als rigoros bezeichnet werden. Man muß zumindest verlangen, daß ein Wohlfahrtsempfänger seine Arbeitskraft zu erhalten versucht. Wenn die Unterstüttungen von Woche zu Woche gekürzt werden, die Kinder nach Brot schreien und die Erwerbslosen selbst nicht einmal ihren Hunger stillen können, beschließt ein Wohlfahrtsamt noch den Mietabzug von der Hungerunterstützung. Der Abzug von 3,50 Mark von der Hungerunterstützung des erwerbslosen Kollegen, ist deshalb keine Angelegenheit eines einzigen Erwerbslosen, sondern der ganzen ausgebeuteten Klasse. Nur durch den Zusammenschluß der Erwerbslosen und durch die antifaschistische Aktion im gemeinsamen Kampf, wird es möglich sein, das Wohlfahrtsamt zu zwingen, derartige Mietschätze von der Unterstützung einzustellen. Sich an diesem Kampf zu beteiligen, ist die Pflicht eines jeden Proletarier.

Geschäftliches

Nege ist es natürlich schmer, sich die Garderobe in Ordnung zu halten. Es fehlt oft das Geld zu Neuankäufen. Kelling weiß Ihnen den Weg: „Kelling nochmals billiger“, so lesen Sie in allen

In der oben erschienenen Nummer 7/8 der

„Internationale“

steht der Genosse Thalman im Leitartikel fest:

„Die ideologische Eifenfue, in deren Dienft das Zentralkomitee vor allem sein theoretisches Organ, die „Internationale“ als wichtigste Waffe anwendet, ist eine unerläßliche Voraussetzung für Erfolge unserer revolutionären Praxis unserer Massenarbeit.“

Trotzdem gibt es noch eine ganze Reihe Funktionäre in der Partei, die diese wichtige Zeitschrift nicht lesen. Euer nächster Beschluß muß sein:

„Keine Zellen- und Ortsgruppenleitungen ohne die Internationale!“

Gerade in Ihrem Interesse

besuchen Sie die jetzt stattfindenden

95tag-Tage

im Kaufhaus

Licht

Striegau, Ring

Tagstellungen und in seinen Schenkeln. Vertrauen Sie auf Ihre Garderobe an. — Die Garderobe durch Kelling hergerichtet, heißt, ihre Lebensdauer wesentlich zu verlängern. Wer seine Sachen von Kelling waschen läßt, gibt sie in schonendste Behandlung und erhält sie blütenrein, schrankfertig und rasch gerädert. Durch Kelling wird die große Masse ein Vergnügen der Hausfrau. Kelling-Füllmalen und Geschäfte befinden sich überall.

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk“. In der Reihe der zum Ausstellungsthema gehörenden Vorträge spricht heute Donnerstag, nachmittags 4.30 Uhr, im Martortsaal der Jahrhunderthalle Dr. Gerhard Hahn über das Thema „Hygienische Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für Mutter und Kind“. Es empfiehlt sich, vor Anhörung des Vortrages, die Ausstellung zu besuchen. Der Eintritt ist für Ausstellungsbesucher kostenlos.

Sie hat eingeschlagen!

die Broschüre

„25 Punkte, das Programm der NSDAP.“

Genossen, ihr wißt es am besten, wie notwendig gerade bei der zunehmenden Verlesung der SA. diese Broschüre ist. Fordert beim Krosmann sofortige Nachbestellung. Verteilt sie selbst überall im Betrieb, an der Stempelstelle und im Wohngebiet!

Pländerversteigerung

Berliner Platz 2

am Donnerstag, dem 8. September 1932

vormittags 9 Uhr

Rote Schelne bis Nr. 100.000

Gemeinlitziges Pfandleihhaus der Stadt

Breslau, G. m. b. H.

G. Hubert

Herrenfahrrad

von 31,90 an

Damenfahrrad von 39,50 an

Decken von . . . 0,95 an

Reifen von . . . 0,75 an

Pedale 1,15, 0,95, 0,85, 0,75

Ketten . . . 1,15, 0,85, 0,60

Vorderrad, gelb . . . 2,40

Hinterad, m. Freil. . . 1,75

Schluesselschlüssel . . . 3,75

Plattasstraße 9

Breslauer Str. 43

Die neue preiswerte

Naumann Schrank

Nahmaschine

ist nur allein zu haben bei

Alfred Schlesinger

Schmiedebücke Nr. 13
parterre bis 4. Etg.
Soniclaste Teilzahlung
ständige Stückzahl
eigene
Reparatur-Workstatt

Liegnitz

Kaufhaus Gutfeld

Liegnitz, Ring 20/21

Seit 1879 gut und billig

FORTSCHRITT

AG. FILIALE BRESLAU

Trobnitzstr. 80
Telephon 48455

Max Schönfelder's

billige Lebensmittel-Angebote

dürften für die Versorgung des Haushaltes gerade heute zur Monatswende von allderbisem Interesse sein.

Aus der Fülle meines Lagers greife ich einige Artikel heraus und bitte, solange Vorrat reicht, an:

Kolonialwaren

Bruchreis	1 Pfd. 10 Pfd.
Bohnenreis	0,11 Pfd. 1,05 Pfd.
Aracca-Vorkaufreis	0,19 Pfd. 1,25 Pfd.
Patna-Reis	0,19 Pfd. 1,70 Pfd.
Extra Tafelreis	0,21 Pfd. 1,80 Pfd.
Extra Patna-Vorkaufreis	0,29 Pfd. 2,10 Pfd.
Weizenmehl 000	0,18 Pfd.
Kaffee-Kugelmehl	0,20 Pfd.
Weizen Grieß	0,25 Pfd.
Porrigel	0,25 Pfd.
Bruch-Makaroni	0,35 Pfd.

Wurstwaren

Zusatzangebot: ein großer Rosten prima Serrahowurst in ganzen Würsten zu 0,45, 0,55, 0,60, 0,80 Pfd. 1 Pfd. 1,08 Pfd.

1a Serrahowurst im Rindsdarm	1 Pfd. 1/2 Pfd.
1a Serrahowurst im Schweinedarm	1,24 Pfd. 0,83 Pfd.
1a Serrahowurst im Fettbarm	1,34 Pfd. 0,85 Pfd.
1a Serrahowurst im Fettbarm Extra Qualität	1,48 Pfd. 0,89 Pfd.
1a Salami Spezialität	1,28 Pfd. 0,84 Pfd.
1a Hausmacher-Beimwurst m. Weißk.	0,58 Pfd.
1a Hausmacher-Beimwurst	0,58 Pfd.
1a wider Mädelweid, frisch geräuchert, jung und saft, das Pfd. 0,74 Pfd.	

ff. Tafelkäse

Empfangen von einem Vollen

1a Küster Blau-Käse ohne Rinde, sort. u. aromatisiert, das Pfd. 0,33 Pfd., der 4 Pfd. 3,00 Pfd.

Schweizer Käse, groß geformt, 1 Pfd. 1/2 Pfd. 0,27 Pfd.

1a 1/2 Pfd. 0,58 Pfd., 1 Pfd. 1,07 Pfd.

1a Schachtel-Käse, teilig, die Schachtel 0,23 Pfd.

Margarine in 1-Pfd.-Päckchen, fabrikmäßig, das Pfd. zu 0,30, 0,40 und 0,50 Pfd.

Delikatessen-Beimwurst in 500-Gramm-Päckchen 1 Pfd. 0,29 Pfd., 5 Pfd. 1,40 Pfd.

Räucherwaren

1a Bäcklinge, Goldschnecke, aromatisiert und fettreichend, meine anerkannte Qualitätsmarke, nicht zu verwechseln mit minderwertigen Angeboten das Pfd. 0,27 Pfd., Rindchen mit ca. 5 Pfd. 1,80 Pfd.

See-Käse für Beinschnitzerei, das Pfd. 0,60 Pfd.

Bund-Käse, das Bund ca. 180 Gramm 0,32 Pfd.

Eine der größten Kaffee- und Schokoladenfabriken Deutschlands hat mir einen sehr großen Vorrat

Kaffee-Pulver, stark entölt

garantiert rein und leicht löslich

zu sehr günstigen Bedingungen abgegeben und bringe ich dieses vorzügliche Kaffeepulver wie folgt zum Verkauf

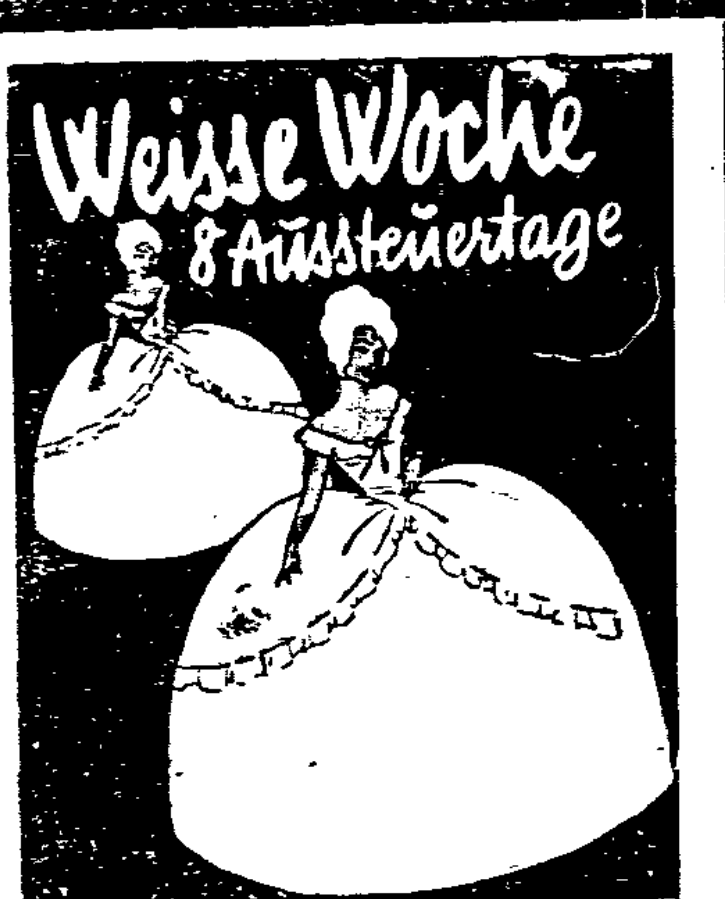
1 Pfd. 0,88, 2 Pfd. 1,60, 5 Pfd. 3,25, 10 Pfd. 6,25 Pfd.

Diesem vorstehendes Angebot ist eine Spitzenleistung auf dem Gebiete der Kaffeewaren-Vergorgung!

Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 36

Stromer Versand nach auswärts



Weisse Woche

8 Aussteuerstage

Jetzt kaufen!

Creas-Bettflaken „Schlager“
unser unerreicht billigste, unverwüstliches Bettflaken, weiß und extra groß 140x220 cm **1 78**

Ein Posten Panamadecken
indanthrenfarbig, mit schönen Karo-Mustern, besonders preiswert, 110x140 cm **0.98**

Taghemd
solider Wäschestoff, mit Handklöppelspitze und mit großem Motiv **0.98**

Nachthemd
aus feinem Batist in zarten Farben, mit reizendem mille fleurs Besatz **0.98**

Herren-Slipper
kräftige Qualität, meliert, moderne Westenform **1 95**

Herren-Einsatzhemd
feinfädige, weiße Baumwolle mit waschechten, mod. Einsatz, Gr. 4, 5 u. 6, **1.45 0.88**

Weißes Oberhemd
Einsatz mit aparten Seidenglanz-Streifen oder Waffelmuster, solides Material **1 95**

TIETZ

Verstärkt die Gewerkschaftsarbeit!

H. B. Die Papen-Schleicher-Regierung hat ihr neues Programm zur Steigerung des Glanzes entworfen. Es heißt: Ungeheurer Lohnraub auf der ganzen Linie, Milliardenbesen für die Kapitalisten. Zugleich mit Papen entwickeln der KPD, und die SPD, ihr Programm zur „Reinigung“ der kapitalistischen Bankrottwirtschaft: Die Kapitalisten und Faschisten sollen ihre privatkapitalistische Wirtschaft „umbauen“, d. h. die Kapitalisten sollen „sozialisiert“. Von der SPD über das Zentrum bis zur KPD besteht eine einbettliche Linie in der Frage des neuen Massenbetruges, der verschärften Ausbeutung und des Betruges der Arbeiterklasse. Das bewiesen allein schon die Wechselspiele des Landgemeindefrages zur „Arbeitsbeschaffung“ sowie die Sozialisierung der KPD durch Straßer und dem Grafen Reventlow mit den Plänen Leipzigs und des KPD, ferner die Verhandlungen der Gewerkschaftsbürokratie mit der Papen-Regierung und die dabei erwogenen Pläne der Bildung einer Regierung, die sich auf die „Gewerkschaftsfront“ stützt.

Es soll hier in diesen Reihen nicht ausführlich behandelt werden die allgemeine faschistische Entwicklung der Gewerkschaftspolitik des KPD, und der christlichen Gewerkschaften; sie liegt offen zutage, sondern die daraus entstehenden Gefahren und die Aufgaben der revolutionären, Massenbewussten Gewerkschaftler. Eins steht fest: Immer wenn die Bourgeoisie in großer Gefahr ist, wenn die revolutionäre Welle, die Kampfkraft des Proletariats im starken Ansteigen begriffen ist, finden die verräterischen Gewerkschaftsführer immer wieder einen neuen Dreck, um die Massen zu betrügen! Wie 1918/19, so auch heute, fordern diese Vurche den „Sozialismus“, reden rote Töne, schicken an Hindenburg und Papen Telegramme und drohen mit „Kampfmassnahmen“.

Aber sie lassen inzwischen die Proleten verrecken, sie rühren keinen Finger, um den bereits akuten Lohnraub zu verhindern.

Bei ist es gleichgültig, ob es Leute des Zentrums, der SPD, oder gar der KPD sind! Es hat sich nichts geändert in der Rolle der SPD- und Gewerkschaftsführung; sie bleiben nach wie vor die soziale Schmeichelei der Bourgeoisie; sie tolerieren die Papen-Regierung außerparlamentarisch durch die Parole der „Ruhe und Besonnenheit“.

Während es den Führern der SPD, und den in der Hauptrolle von ihnen geleiteten Gewerkschaften bisher gelang, die in diesen Organisationen erstehen und von ihnen beeinflussten Arbeiter vom Kampfe abzuhalten, sehen wir mit Genugtuung, daß nunmehr die Kollegen beginnen, ernsthaft zu rebellieren. Sie begreifen mehr denn je, daß das Stillhalten ein Ende haben muß, daß ihr Lohn nicht mehr gesenkt werden darf, daß sie selbst den Streik organisieren und führen müssen, ohne sich auf „ihre Führer“ zu verlassen. Damit anerkennen sie die Grundfächer der KPD, nämlich die selbständige Kampfführung durch die Arbeiterklasse selbst, durch ihre gewählten Kampfleitungen.

Die politische Entwicklung der letzten Wochen, insbesondere seit dem 20. Juli, hat es zuzugebracht, daß die Mauern, die zwischen dem sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, den Klassenmassen der Gewerkschaften und der KPD, errichtet wurden, bis zum Zerfall niedergezogen sind. Ganz klar erkannten die Genossen der SPD, die Reichsbanner und der Gewerkschaften, daß die KPD, und die KPD, recht behalten haben, daß sie recht haben, daß man den Generalstreik proklamieren und durchführen müsse, um den faschistischen Staatsstreich zu verhindern. Eine ganze Reihe Momente trugen hierzu dazu bei, das Vertrauen zu ihren Führern stark zu erschüttern: Die Korruption, Unterschlagungen, Beitragserschöpfung, Fälschung der Unterschriften der Verbände, der völlige finanzielle Bankrott der selben usw. Es ist z. B. eine Tatsache, daß der sich als der „Vorbund der Welt“ bezeichnende DWA, finanziell bankrott ist und die daraus gegen die Stimmen der Opposition auf dem Karlsrüher Verbandstag mit großem Tamtam und 30 Pfennig Beitragszahlung beschlossene Altersversicherung so gut wie erledigt ist, weil die dazu notwendigen Summen einfach nicht da sind!

Wir haben in Schlesien eine Reihe solcher Oppositionsbewegungen in den reformistischen Verbänden: Im DWA Breslau offene Rebellion gegen den SA-Bezirksleiter Ziegler. Die SA-Genossen gehen fraktionell gegen ihn vor. Die Waldenburger Metallarbeiter meutern gegen ihren neuen Geschäftsführer Menzel, der, auf bezahlte, üble Geschichten macht und wo die SA-Genossen mit Beitragsbetrug drohen. Die Arbeiter Breslaus rebellieren gegen ihre Leitung wegen Beitragszahlung usw., die Buchdrucker rebellieren gegen die Ortsverwaltung, die Bonzen ungeheure Unterschlagungen ermöglicht, die Zimmerer in Waldenburg stehen gegen den Hauptvorstand, die Bauarbeiter in Waldenburg stehen ebenfalls gegen ihren Vorstand — überall Opposition, trotz Ausschluß kommunistischer Kollegen; eine Revolution, vielfach geführt von SPD- und SA-Genossen. Die Schwarzarbeiter Streik streikten gegen den Willen ihrer Bonzen. In Betrieben in Reichenbach und Langenbielau standen im Streik gegen faschistischen Arbeitermord und Terrorurteile; dabei ist interessant festzustellen, daß beispielsweise in Reichenbach die Arbeiter im Streik standen, ohne daß sich unter ihnen Kommunisten oder KPD-Kollegen befanden, wie ganz offen ausgesprochen werden muß, daß nicht überall Kommunisten die Opposition führen, ja manchmal als Feindnis gelten, aber wo Kommunisten war die Leitung der Verbände, in ihnen großen Einfluß haben, aber nicht verfehlen, diesen Einfluß für die aktive Einreichung der Forderungen in die Antifaschistische Aktion.

Auch die wenigen kommunistischen Delegierten auf dem DWA-Verbandstag in Lortmund verhielten sich nicht die Wortführer der oppositionellen Kollegen. Die Urwahl zum DWA-Verbandstag wurde vielfach von unseren Ortsgruppen und Fraktionen überwiegend beachtet. Ohne irgendwelches Zutun unserer Genossen wurden die Metallarbeiter oppositionelle Kandidaten, und die Genossen wußten das vielfach nicht. Zudem sind unsere Genossen schon einmal ein klein wenig dafür interessiert, was in den christlichen Gewerkschaften vor sich geht, oder im Deutschen Nationalen Handlungs-Verband, oder im GdA?

Glaubt ihr, daß die christlichen Kollegen mit dem Koalitionsführer ihrer Führer mit den Nazis einverstanden sind, oder mit der Politik Brüning-Stegerwald-Findus? Am 18. September findet der

Vor einer Koalition Nazi-Zentrum?

Was sagen die christlichen Arbeiter dazu?

Wir müssen an alle christlichen Arbeiter und Werktätigen überhaupt die folgenden, auch für sie überaus wichtigen Fragen richten:

Selbst ihr damit einverstanden, daß das Zentrum (und innerhalb der Zentrumsfraktion des Reichstags auch alle christlichen Gewerkschaftsführer) das Präsidium des Reichstags an den Hauptmann Göring, den Adjutanten Hilters und damit an Hilters selbst, ausgeliefert hat?

Wir wissen sehr wohl, daß Millionen Arbeiter, kleiner Gewerbetreibender und Bauern bei der letzten Reichstagswahl nur deshalb noch einmal das Zentrum gewählt haben, weil ihnen die Führer des Zentrums, der christlichen Gewerkschaften und all der anderen katholischen Organisationen einen unerbittlichen Kampf gegen den Nationalsozialismus versprochen. Jetzt sehen alle diese Zentrumswähler, wie böse sie getäuscht worden sind. Denn das Zentrum ist bereit, dem Nationalsozialismus eine Position nach der anderen auszuliefern.

Selbst ihr — so müssen wir weiter fragen — damit einverstanden, daß das Zentrum (und mit ihm auch die christlichen Gewerkschaften) sich mit den Nationalsozialisten zu einem festen Block zu einer Koalition zusammenschließt?

Wir erinnern euch daran, daß unter den Opfern des nationalsozialistischen Mordterrors auch eine ganze Anzahl christlicher Arbeiter sind, die von den Hiltersbanden niedergeschlagen, niedergestochen, niedergeschossen wurden, nur weil sie nicht dem Hakenkreuz folgten. Ihr habt auch gesehen, wie schamlos sich Hilters und die Parteileitung der Nationalsozialistischen Partei mit den Arbeitermördern von Pömpa solidarisiert und ihre blutige Mordtat verherrlicht haben. Galtet ihr es für richtig, daß sich Zentrum und christliche Gewerkschaften mit dieser Partei, die den Arbeitermord zum System erhoben hat und als ein „nationales Verdienst“ preist, zusammenschließt?

Die christlichen Arbeiter und Werktätigen haben doch wohl noch nicht vergessen, was ihnen die Führer des Zentrums und vor allem der christlichen Gewerkschaften während der Wahlen sagten: daß die Hilterspartei im Solde der Schwerindustrie und der Großagrarier steht. Muß es nicht jedem christlichen Werktätigen völlig klar sein, daß das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften, indem sie sich mit dieser Partei verbünden, die Interessen des werktätigen Volkes mit Füßen treten?

Wie weit die Koalitionsverhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten bereits gediehen sind, das zeigte sich in voller Deutlichkeit während der ersten Reichstagsitzung. Da stimmte das Zentrum demonstrativ für den nationalsozialistischen Präsidentenlandtag, da stimmte es für den nationalsozialistischen Wunsch, die nächste Tagung zu verschieben und ihre Anberaumung in das Belieben des Nazipräsidents zu stellen.

Der neugewählte Nazipräsident Brüning unterstrich in seiner Rede diese Tatsache der Bloßstellung des Zentrums und Nationalsozialisten aufs Stärkste, indem er immer wieder von der „festen nationalen Mehrheit“ sprach, die sich in diesem Reichstag gebildet habe. Von hier bis zur Bildung einer Koalitionsregierung von Zentrum und Nationalsozialisten ist nur noch ein Schritt.

Wir haben den christlichen Arbeitern immer wieder warnend gesagt. Sie sollen sich ja nicht durch die antifaschistischen Phrasen der demagogischen Zentrums- und christlichen Gewerkschaftsführer täuschen lassen. Wir haben ihnen vorausgesagt, was jetzt bereits eingetreten ist, daß sich nach der Wahl Zentrum und Nazis zur Koalition zusammenschließen werden. Jetzt müssen die christlichen Werktätigen bestätigen, daß wir ihnen die Wahrheit gesagt haben, daß sie von den Führern des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften schändlich getäuscht worden sind!

Wir wissen, wie groß bereits in den breiten Schichten der christlichen Arbeiter die Empörung über diese Zentrumspolitik ist. Aber diese Empörung allein hilft wenig. Sie wird die Führer des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften nicht hindern, mit den Nazis eine Koalition zu bilden. Es gibt nur eine Möglichkeit, zu verhindern, daß mit Hilfe des Zentrums der Nationalsozialismus die Staatsgewalt ergreift, um sie im Dienste der Schwerindustrie und der Großagrarier gegen die arbeitenden Massen einzusetzen: das ist die rote Einheitsfront, der sich auch die christlichen Arbeiter anschließen müssen.

Jetzt prasseln aufs neue die Lohnkürzungen auf die deutschen Arbeitermassen herab. Warum aber rufen die christlichen Gewerkschaften nicht zum Kampf gegen den Lohnabbau auf? Warum tun sie nichts, diesen Kampf der Arbeitermassen um ihr Lebensrecht zu organisieren? Deswegen, weil sie selber nur im Dienst des Kapitals stehen und weil ihnen obendrein ihre Koalition mit den Nazis die Hände noch mehr gebunden hat.

Die rote Einheitsfront ist keine kommunistische Partei, sondern eine Zusammenfassung aller Arbeiter, gleich welcher politischen, religiösen oder organisatorischen Bindung.

Die rote Einheitsfront will den arbeitenden Massen das Stück Brot sichern, das ihnen vom Kapital geraubt werden soll; sie will ihnen einen Lohn sicherstellen, von dem sie leben können; sie will ihnen helfen, ihr Lebensrecht zu verteidigen.

Der schändliche Verrat des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften an den werktätigen Massen, die sie an den Faschismus ausliefern wollen, muß den christlichen Arbeitern die Augen öffnen, daß sie erkennen:

Auch die christlichen Arbeiter gehören in die rote Einheitsfront, um dort ihre Lebensinteressen zu verteidigen!

christliche Gewerkschaftslogen statt. Sorgen wir schnellstens dafür, daß auch dort christlich organisierte Kollegen den Standpunkt der Opposition vertreten! Das JA der Partei hat am Tage nach der Wahl des Preussischen Landtages einen Aufruf herausgegeben, der ungeheuer hartes Echo unter den Gewerkschaftslogen fand, und in dem wir Kommunisten unsere Bereitschaft erklärten, mit allen Organisationen, in denen Arbeiter vereinigt sind, den Kampf in christlicher Absicht gegen den Kapitalismus und Faschismus gemeinsam zu organisieren und zu führen. Ueberprüfen wir offen, was wir getan haben, um dieses Kampfbündnis herzustellen!

Wir sind uns mit allen Arbeitern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und des Mitgliedsbuches darüber einig, daß wir als Klasse geschlossen gegen jeden weiteren Lohnraub, gegen Tarifbruch und -beilegung, gegen den Faschismus und Kapitalismus kämpfen müssen, in einer Front für den Sturz der Bourgeoisie, für den sozialistischen Ausweg, für die Freiheit der Arbeiterklasse! Haben wir schnellstens nach, was wir oft verübt haben! Nicht Feindschaft mit den Gewerkschaftslogen, sondern engste Verbundenheit mit ihnen!

Gemeinsame Beratungen über gemeinsame Not und des gemeinsamen Kampfes gegen den Lohnraub und alle Fragen des Kampfes um Leben und Gesundheit.

Bilden wir mit ihnen die Einheitsfront, die Brüning so fürchtete und mit ihm die gesamte Bourgeoisie. Die Einheitsfront aber zum Kampfe! Kommunisten vor die Front! Revolutionäre Gewerkschaftler müssen das Vorbild für alle Arbeiter sein! Die weitere Verschärfung der Schwierigkeiten der kapitalistischen Bankrottwirtschaft, der weitere Ausbau der faschistischen Diktatur erfordert die Steigerung des antifaschistischen Massenkampfes auf höherer Stufe. Das heißt Einbeziehung der Betriebe und aller antifaschistischen, antikapitalistischen Klassenkämpfer in die antifaschistische Aktion: die Steigerung der Kämpfe zu Massenstreiks! Ohne Gewerkschaftsarbeit, ohne planmäßige Orientierung unserer Hauptarbeit auf das strategische Ziel der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, kein Sieg der Arbeiterklasse!

Proletarische Diktatur gegen die Diktatur des Faschismus ist der Wille aller Arbeiter!

Zeitungsstreik in Karlsruhe SPD-Druckerei erfolgreich beendet

Karlsruhe, 31. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Streik des technischen Personals des in Karlsruhe erscheinenden sozialdemokratischen „Volkstreuend“ ist erfolgreich beendet. Die Belegschaft arbeitet zu ihren alten Tarifen weiter, die Direktion war nicht in der Lage, den Lohnraub — bis zu 15 Mark die Woche — durchzuführen. Der Angriff scheiterte an der geschlossenen Abwehrfront der Belegschaft.

Wie der Verlag des „Volkstreuend“ in einer Erklärung an die Leser mitteilt, war er noch nicht einmal in der Lage, am Samstag den Lesern die Mitteilung zu schicken, daß die Zeitungen infolge Streiks des technischen Personals nicht erscheinen könne; denn auch der Versand und das Austragen dieser Benachrichtigung wurde von dem Personal verweigert.

Arbeiter
Frauen
für den
**ANTIFASCHISTISCHEN
KAMPFFONDS!**

Jungerwerbslose! Betriebstätige Jungarbeiter!

Kämpft in gemeinsamer Front für Arbeit und Brot, kämpft gegen den Unterstützungsräub, für volle ausreichende Unterstützung aller Jungerwerbslosen während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit!

Unhaltbar

war die Situation für den 3 1/3 Raucher — man unterschätzte sein Tabakverständnis.

Wir nicht! Deshalb prägten wir in dieser Preislage den Begriff der Qualitäts-Zigarette.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg.

Tragt die Antifaschistische Aktion in alle Betriebe!

Ergebnisse der ersten Betriebstamptwoche in Schlesien

Glänzender Streik bei der Firma Leisteow

Chlau. Die Belegschaft der Firma Leisteow, die für die Reichsbahn Streckenarbeiten ausführt, ist Ende Juli gegen die schlechte Entlohnung geschlossen in den Streik getreten. Der ein tägliche Streik hat die Firma zur Anerkennung sämtlicher Forderungen gezwungen. Die Belegschaft ist für folgende Forderungen in den Streik getreten:

1. Zahlung des Tariflohnes.
2. Herabsetzung des Arbeitspensums von neun auf sieben Schwellen.
3. Stellung einer Haube.
4. Sofortige Beschaffung des notwendigen Verbandzeuges.
5. Wahl eines Betriebsrats.

Die Streikenden hatten sofort die Verbindung mit den Erwerbslosen aufgenommen, um zu verhindern, daß diese sich zu Streikbrucharbeit vermitteln lassen. Nur durch diese gemeinsame Aktion der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen war dieser glänzende Streik möglich.

Streik der Niklasdorfer Steinarbeiter

Strehlen. Die Steinarbeiter von Niklasdorf haben gegen den vom Unternehmer angeforderten Lohnrab ein heftigen Streik durchgeführt. Die Belegschaft stand drei Stunden im Streik; sie stellte durch die von ihr gewählte Kommission das Ultimatum an den Unternehmer auf Bewilligung der gestellten Forderungen bis Dienstag (9. August). Bei Ablehnung wurde beschloffen, den Streik erneut aufzunehmen. Durch das einmütige und geschlossene Auftreten durch den Streik, wurde der Unternehmer auf die Knie gezwungen, auch wenn nur einige Teilforderungen bewilligt worden sind.

Teilerfolg der Neuroder Pflichtarbeiter

Neurode. Der Pflichtarbeiterstreik im Landkreis Neurode endete mit einem Teilerfolg. Am Landrecht erhalten die Hilfsbedürftigen den Höchstbetrag der abgehobenen Beiträge, dafür müssen die Erwerbslosen Pflichtarbeit leisten, die mit 50 Pfg. pro Stunde auf die Unterbringung in Anrechnung gebracht wird. Das Ziel des Streikkampfes war die Bewilligung der Pflichtarbeit. Der Erfolg des Kampfes war, daß für mit 50 Pfennig je Stunde Pflichtarbeit mit 1 Mark in Anrechnung gebracht wird.

Sirchberg. Der Magistrat hat ungefähr für 400 Hilfsfabriks-erwerbliche Pflichtarbeit angeordnet. In der am 28. August abgehaltenen Versammlung wurde ein Kampfsprogramm beschloffen, in dem vor allem die Forderung nach tariflicher Bezahlung erhoben wird. Die Kollegen treffen alle Vorbereitungen zur Auslösung des Streiks für ihre Forderungen.

Weiterzahlung der Erntezulage erkämpft

Krausbrunn. Der Gutswelle gelang es durch die Mobilisierung der Belegschaft für den Kampf die Weiterzahlung der Erntezulage. Durch die Mobilisierung der Gutswelle Ständchen wurde die Ermittlung von zwei Landarbeitern verhindert. Die Gutsweltung wolle diese Leute deshalb ermitteln, weil sie für den Streik Propaganda gemacht haben.

Professorenstreik gegen Sondergerichtsjustiz

Wiegeln. Die Belegschaft des Gutes Reubitz hat einen viertelstündigen Proteststreik gegen die Sondergerichtsjustiz, für die Freilassung der verhafteten Chlauer antifaschistischen Männer und Frauen geführt.

Strehlen. Die Belegschaft des Niklasdorfer Steinbruchs hat in einer Betriebsversammlung eine Protestentschließung gegen die Verurteilung der Chlauer Antifaschisten angenommen und an das Preussische Sondergericht abgeschickt.

Landeshut. Hier hat vorige Woche eine Textilarbeiterversammlung stattgefunden. Die unter anderem auch gegen das Terrorurteil des Preussischen Sondergerichts gegen die Chlauer Antifaschisten protestierten.

Fordert in allen Betrieben

die Einberufung einer Betriebsrätekonzferenz für Groß-Breslau!

Breslau. Die am 25. August abgehaltene Betriebsversammlung der Belegschaft des Betriebes Kantorowicz hat gegen die neuen fiktionalen Pläne der Dazern-Regierung gegen die Bewilligung des Tariflohnes, gegen den faschistischen Mordterror, gegen die Terrorurteile gegen revolutionäre Arbeiter schärfsten Protest erhoben und die Einberufung einer Betriebsrätekonzferenz für Groß-Breslau gefordert.

Wählt in jedem Betrieb Delegierte!

Am Montag, dem 29. August, fand eine Betriebsarbeiter-Konferenz im „Dachstuhl“ statt. Eine ganze Reihe von wichtigen Betriebsfragen wurden diskutiert. Zu den Ausführenden über die politische Lage und unsere Arbeit in den Betrieben und von der innerparteilichen Arbeit nahmen eine ganze Reihe Betriebsarbeiter an der Diskussion teil. Insbesondere zeigten die Vertreter der Eisenbahnbetriebe, in welche unerhörten Tände sie ausgebeutet werden. Auf dem Bahnhofs Platz wählten die Eisenbahner eine Delegation, die in den nächsten Tagen den Entschloffen bei der Protestaktion teilnehmen sollte. Die reformistischen Betriebsräte arbeiten mit den revolutionären Mitteln gegen diese Delegation. Alle Betriebsarbeiter betonen die Notwendigkeit der verstärkten Arbeit in den Betrieben und verpflichten sich, alle Voraussetzungen zu treffen, um die Betriebe streikreif zu machen, sowie Sorge zu treffen, daß in ihren Betrieben Delegierte für die stattfindende Betriebsrätekonzferenz gewählt werden.

Betriebsversammlungen ohne kontrete Aufgabenstellung

Glogau. Wir haben hier eine Eisenbahnversammlung und eine Betriebsversammlung der Belegschaft vom Oberbrückenbau durchgeführt. Leider haben die Kollegen nicht kontrete Aufgabenstellung genommen. Die Kollegen müssen diesen Fehler durch Organisierung neuer Versammlungen abstellen. Der von Papen durch Reihenordnung angeforderte Lohnabbau gibt uns die beste Gelegenheit, auch diese Belegschaften für den Kampf zu mobilisieren.

Waldenburg. An der am 17. August abgehaltenen Betriebsversammlung haben 30 Belegschaftsmitglieder teilgenommen. Es

wurde der Beschluß gefaßt, in kürzester Zeit erneut eine Betriebsversammlung durchzuführen und für diese eine gute Mobilisierungsarbeit zu leisten.

Brieger Strombauarbeiter wählen Kampfausschuß

Brieg. Die auf Initiative der revolutionären Strombauarbeiter einberufene Betriebsversammlung für alle Strombauarbeiter und der bei den Aushilfsarbeiten beschäftigten Notstandsarbeitern hat die Wahl eines Kampfausschusses, der aus sieben Mann, darunter SPD., Reichsbanner- und parteilose Arbeiter gewählt wurde, das nachstehende Kampfsprogramm angenommen:

1. Gleichstellung des Lohnes und der Arbeitszeit der Notstandsarbeiter mit den staatlichen Strombauarbeitern, 56 Pfennig Stundenlohn und 43 Pfennig tägliche Auslösung für jedermann.
2. Die Arbeitszeit beträgt für sämtliche bei der Strombauverwaltung und den Unternehmern beschäftigten Arbeitern bis zur Erstämpfung der 40-Stunden-Woche im allgemeinen 48 Stunden.
3. Die Ueberführung der Notstandsarbeiter von und nach der Arbeitsstelle sowie die Auszahlung des Lohnes muß während der Arbeitszeit geschehen.
4. Der geplanten Aushilfsarbeit wird schärfster Widerstand entgegengelegt.
5. Zahlung von 5 Pfennig Wasserzulage und 10 Pfennig Schmutz-julage bei besonders dreckigen Arbeiten.

Erhebt in allen Betrieben das Streifbanner!

Niesky. Die Genossen hatten bei den Metallarbeitern, da der Tarif Ende Juli abließ, die Frage des Streiks gegen jeden Pfennig Lohnraub gestellt. Die Partei- sowie KGD-Genossen hatten sich festes an der Mobilisierung der Belegschaft für die Auslösung des Kampfes beteiligt. Jede Gelegenheit zur Diskussion — die Frühstückspause, vor und während der Arbeitszeit — ist von den Genossen hierzu verwandt worden. Dergleichen haben auch Abteilungsversammlungen stattgefunden, in denen unsere Genossen die Frage der Auslösung des Streikkampfes gegen den Lohnabbau stellten. Die Kollegen befürchteten bei einem Streik den Streikbruch der Erwerbslosen. Um diese Befürchtung zu erstören, hatten unsere Genossen die Verbindung mit den Erwerbslosen hergestellt. Diese hatten sich vor den Betrieb mit Transparenten gestellt, wo sie ihre Solidarität mit den Betriebsarbeitern bekundeten.

Es wurde dann auch eine Betriebsversammlung durchgeführt, in der vom reformistischen Betriebsratsvorsitzenden ein Bericht über den angeforderten Lohnabbau gegeben wurde. Er sprach „gegen“ den Lohnabbau, wandte sich aber zugleich gegen die Auslösung des Streiks. Genau machen es so die Gewerkschaftsbözen! Der gestellte Antrag auf Abstimmung für Annahme oder Ablehnung des Lohnabbaues wurde angenommen. Es fand die Abstimmung auch statt, an der sich auch die Unorganisierten beteiligt hatten. Die Abstimmung brachte folgendes Ergebnis:

Von den organisierten Kollegen haben 53 für Annahme und 59 für Ablehnung des neuen Lohnrahmens gestimmt. Von den unorganisierten Kollegen haben nur 21 für Annahme und 31 für Ablehnung des Lohnrahmens gestimmt.

Unsere Genossen hatten hier zu hart die Frage des Streiks gestellt. Die Genossen hätten zuerst die Aufnahme der passiven Resistenz stellen müssen, nachdem sie, trotz der reichlichen Diskussion und aus den Abteilungsversammlungen hervorging, daß die Voraussetzungen

Erfolge an der Organisations- und Werbefront

Breslau. Der größte Betrieb Vintz-Hofmann — der heute noch 1000 Arbeiter beschäftigt —, wo die Arbeiter durch ein raffiniertes ausgeklügeltes Rationalisierungssystem unerhört ausgebeutet werden, wird jetzt von unseren Genossen durch Verkauf der „M.“ und Literatur bearbeitet. Dort verlaufen an einem Tage unsere Genossen für mehr als 5 Mark Zeitungen und Broschüren. Auch der Betrieb Sangermann GmbH. — ehemalige Schuhfabrik Dorndorf — wird in dieser Weise bearbeitet. Ein besonders reges Leben entwickeln unsere Genossen vor dem Elektrizitätswerk Groshengasse. Am Sonntagabende wurden dort 25 Exemplare der „M.“ vertrieben. Durch den Vertrieb unserer Presse und Literatur ist eine laufende Diskussion mit den dort beschäftigten Kollegen erzielt worden. Auch dieses Beispiel ist für die gesamte Organisation wegweisend.

Der Stadteil Dlt hat besonders gute Arbeit auf dem Gebiete des Vertriebes von Zeitungen und Broschüren geleistet. 120 Zeitungen wurden am Freitag (Zahltag) vor den Betrieben Marktall, Straßenbahn und Haase-Brauerei verkauft. Im Wasserwerk, wo wir sonst nur 3 bis 5 Exemplare der „M.“ verkauft haben, wurde der Umsatz um 35 Stück gesteigert. Vor den Betrieben sind folgende Leistungen zu lesen:

Arbeiter, wehrt euch gegen jeden Pfennig Lohnraub! Jeder Betrieb eine rote Burg der Antifaschistischen Aktion!

Während der Antifaschistischen Betriebswoche wurde auch unter den Angehörigen der Warenhäuser Agitation betrieben. Es gelang, in einem Warenhaus eine Betriebszelle zu schaffen.

Reichenbach. Die hier abgehaltenen Stubenversammlungen waren gut besucht. Es haben 37 SPD.-Kollegen an ihnen teilgenommen. Der Aufbau einer Betriebszelle im Betriebe bei Cohn, wo ein Proteststreik gegen die Ermordung des Genossen Dentschel-Gnadenfrei durch Nazibanditen durchgeführt wurde, ist eingeleitet. Die Ortsgruppe der Partei hat sich folgendes Ziel gestellt:

Gewinnung von 100 neuen Abonnenten für die „Arbeiterstimme“.

20 NSD.-Mitglieder.

Erhebung der Betriebsgruppe der NSD. bei Cohn.

Erhebung einer Betriebszelle des NSD. bei Rosenburg.

Die Genossen müssen uns sofort über die Erfolge ihrer Arbeit berichten.

Freiwaldau. Die händige Bearbeitung des Textilbetriebes Sturm führte dazu, daß wir neue Mitglieder für die Partei gewinnen konnten.

Kohlfurt. Die Arbeit unserer Genossen der Ortsgruppe Waldau führte dazu, daß wir jetzt vier Eisenbahnkollegen vorläufig als Vertrauensmänner für uns gewonnen haben. Auf der Grube „Stadt Görlich“ sind 9 Kameraden in den roten Massenstreik eingetreten.

Nach bei den Schiffen geht es vorwärts!

In Reusalz wurden 16 Betriebsarbeiter und 8 Erwerbslose für den roten Einheitsverband gewonnen. Ferner wurden fünf Ortsgruppen geschaffen. In Breslau haben 8 Ortsgruppenversammlungen stattgefunden; zwei neue Zellstellen wurden aufgebaut und 80 Broschüren wurden verkauft.

Greiffenberg. Die Textilfabrik Winkler (Belegschaft 200 Arbeiterinnen) wird regelmäßig mit Arbeiterzeitungen und Broschüren belief. Der durchschnittliche wöchentliche Umsatz sind 30 Exemplare „Arbeiter-Zeitung“ und 6 Broschüren. Jeden Mittwoch wird regel-

6. Bereitstellung von ausreichenden Hauben, damit bei Regenwetter ein Unterschlupf vorhanden ist.
7. Nazi- und SA-Leute dürfen nicht eingestellt werden.
8. Zahlung einer Entschädigung bei Benutzung des eigenen Handwerkszeuges.
9. Bei Aussetzung infolge Regenwetters oder bei Hochwasser auf längere Zeit entwerder Weiterzahlung des Lohnes oder Gewährung der Möglichkeit auf Bezug von Erwerbslosenunterstützung. Genossen! Es darf bei der Aufstellung und Beschlußfassung über das Kampfsprogramm keineswegs bleiben. Wir müssen alles daran setzen, daß die Arbeiter für ihre Forderungen den Kampf aufnehmen.

Kein Betrieb ohne roten Massenstreik!

Breslau. Die Betriebsversammlung der Haase-Brauerei hat in der am 26. August stattgefundenen Betriebsversammlung in einer Entschloffen gegen das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung protestiert und fordert die Einberufung einer Betriebsdelegierten-Konferenz für Groß-Breslau, wozu sie sofort einen Delegierten wählt. Es wurde weiter der Beschluß auf Wahl eines Kampfausschusses und Aufbau des roten Massenstreikbundes gegen den faschistischen Mordterror gefaßt.

Breslau. Die Notstandsarbeiter des Straßenbahnhauses V haben gegen die untertarifliche Entlohnung einen Streikbeschluß gefaßt. Es ist unsere Aufgabe, alles zu tun, damit dieser Streikbeschluß nicht auf dem Papier stehen bleibt.

für den direkten Streik noch nicht geschaffen waren. Sie hätten selbstverständlich hervorheben müssen, daß der Streik oder die schärfste Waffe der Arbeiter ist, um den Lohnraub abzuwenden.

Jetzt droht auch den Metallarbeiterkollegen von Niesky durch das Regierungsprogramm Papens — Beweitung des Tarifrechts — neuer Lohnabbau. Der Unternehmer wird von dieser Gelegenheit recht schnell Gebrauch machen. Eine Reihe von Arbeitgeberverbänden haben bereits Anfang dieser Woche die Lohnabgabe gekündigt. Unsere Genossen müssen sofort an die Belegschaft herangehen und erneut die Frage des Streiks stellen. Die Kollegen dürfen keineswegs eine abwartende Haltung einnehmen, sondern müssen vielmehr alle Kampfmaßnahmen zur Abwehr des drohenden Lohnabbaues treffen. Die jetzt noch laufende verlängerte Betriebskampfwache der Antifaschistischen Aktion muß mit zur stärksten Mobilisierung des letzten Kollegen benutzt werden.

Fauer. Hier werden im Steinbruch der „W.S.“ die Vorbereitungen für die Aufnahme des Kampfes getroffen. Die Belegschaft ist 400 Mann stark.

Bunzlau. Die Arbeiter der Minnhütte werden zum Teil in Stubenversammlungen erfaßt. Es wurde ein konkreter Plan zur Mobilisierung der Glasarbeiter gegen den drohenden Lohnraub — Tarif läuft am 30. September ab — festgelegt. In einem Kurier sollen alle schlesischen Glasarbeiter aufgefordert werden, ebenfalls Kampfmaßnahmen zu treffen. Die erwerbslosen Glasarbeiter sollen durch eine Solidaritätserklärung funktion, daß sie den Kampf der betriebsaktiven Kollegen auf das höchste unterstützen werden.

In der letzten Konferenz in Bunzlau brachten die Genossen in der Diskussion zum Ausdruck, daß die Sympathien unter den SPD-Arbeitern für unsere Partei im starken Maße begriffen sind. Deshalb müssen wir unsere Einheitsfrontpolitik zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter verjehnen.

mäßig ein Diskussionsabend (Stubenversammlung) durchgeführt, an welchem sich bis 15 Arbeiterinnen beteiligten.

In Rabishau werden von uns die Arbeiter der Steinbrüche bearbeitet. Auch hier werden zirka 10 Exemplare der „M.“ und 10 Broschüren umgesetzt.

Die Ortsgruppe Maßdorf bearbeitet die Steinbrüche Wünschendorf. Zwei Stubenversammlungen — 13 und 8 Teilnehmer — wurden abgehalten. Vor dem Waschlagerwerk Mauer (Belegschaft 30 Mann) wird ständig die „Arbeiterzeitung“ verkauft.

Witzgiersdorf. Hier gelang es im Verlaufe der ersten Betriebswoche, in beiden Textilbetrieben der Firma Meyer-Kauffmann Betriebszellen der Partei zu gründen. Es werden für die beiden Betriebe Betriebszeitungen herausgegeben und Betriebsversammlungen organisiert, die die Wahl von Kampfparlamenten vornehmen sollen.

Weißstein. Die Strangzellen haben nach Schlichtschluß vor dem Hans-Heinrich-Schacht Agitationsarbeit geleistet. Es gelang hierbei 17 Kameraden für die Betriebszelle des roten Massenstreikbundes zu werben.

Jeder Betrieb

sammelt für die Antifaschistische Aktion!

Weißstein. Auf dem Davidschacht wurden 15,20 Mark für den Solidaritätsfonds zur Unterstützung der streikenden belgischen Bergarbeiter gesammelt. Auch wurden 143 Schachtgruppenzeitungen verkauft. Auf dem Juliuschacht wurden 42 Broschüren umgesetzt. Auf der Melchiorgrube wurden für 17,60 Mark Broschüren und Zeitungen verkauft.

Grünberg. Während der ersten Betriebskampfwache der Antifaschistischen Aktion gelang es, in der Textilfabrik Grünberg eine Betriebsgruppe der NSD. zu bilden. In der Philippinenhütte im Reusalz wurde eine Betriebszelle der Partei geschaffen.

* Die vorstehenden Ergebnisse der ersten Antifaschistischen Betriebswoche sind keineswegs befriedigend. Ueberall dort, wo die Genossen der Partei und NSD. gearbeitet haben, sind Erfolge zu verzeichnen. Denn das letzte Mitglied der Partei und NSD. in diesen Organisationseinheiten mitgearbeitet hätte, wären die Ergebnisse weitaus bessere. Und nicht ein geringer Teil unserer unteren Organisationseinheiten hat während der Antifaschistischen Betriebswoche überhaupt keine revolutionäre Massenarbeit getan, obwohl für erfolgreiche Arbeit gute objektive Voraussetzungen vorhanden sind.

Auf Beschluß des ZK. der Partei ist die Betriebswoche bis zum 4. September verlängert worden. Wir erwarten von allen unteren Organisationseinheiten, von allen Mitgliedern, daß sie nun die letzten Tage bis zum 4. September mit verhärtetem revolutionären Elan an die Durchführung der gestellten Aufgaben herangehen. Das Verjämte muß nachgeholt werden. Die Betriebswochen sollen den Auftakt für die ganze zweite höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion bilden. Es kommt jetzt darauf an, Streiks und Massenkämpfe aller Art auszulösen und bis zum politischen Massenstreik oder Generalstreik gegen die faschistische Diktatur zu steigern!

Kelling

nochmals

billiger!

Brennerei und Umgebung

Breslau, den 1. September 1932.

Hitler — und die Landesverräter

Adolf Hitler im Sanatorium, der „große“ Adolf von der Parteileitung abgesetzt. Diese und ähnliche Meldungen, die überall kursierten, wurden vor einigen Tagen vom Braunen Haus in München demontiert. Trotz aller Dementis, beweisen verschiedene Meldungen im „Völkischen Beobachter“, daß entweder Adolf nicht mehr gesunden Geistes, oder nicht mehr „Er“ ist.

Als die Tatsache bekannt wurde, daß die greise Kämpferin, die Genossin Klara Zetkin, den Reichstag als Alterspräsidentin eröffnen wird, ging durch den ganzen „nationalen“ Blätterwald eine wilde Hege gegen die tapfere Klassenkämpferin des Proletariats. Eine dieser Zeitungen versuchte die andere dabei in der Hege zu überbieten. Natürlich durfte dabei auch die schlesische Nazijugendpresse nicht fehlen. Daß sich dabei die Gememords-Organisatoren und ihre Helfershelfer vor lauter Wut gegen die antifaschistische Front und ihre tapfere Klassengenossin Klara Zetkin überschlugen und sich in die unangenehmsten Widersprüche verwickelten, soll aus folgender Tatsache gezeitigt werden.

Am Dienstag, den 30. August, brachte die „Schlesische Tageszeitung“ in einem Separatartikel gegen die Genossin Zetkin einen Bericht unter der Überschrift: „Vor einer stürmischen Eröffnungssitzung“, indem es unter anderem heißt:

„Die KPD-Abgeordnete Klara Zetkin, genannt Zetkin, die eine Agentin Moskaus sei, habe schon während des Weltkrieges die deutschen Gerichte wegen versuchten Landesverrats beschäftigt. Wer widerspruchslos duldet, daß die gleiche Klara Zetkin den Vorfall bei der Eröffnung des Reichstages führe, der mache sich der gleichen vaterlandslosen Gesinnung verdächtig, wie die Kommunistin und Moskauer Agentin Zetkin.“

Und als der Tag der Eröffnung kam und die Genossin Klara Zetkin das Präsidium übernahm und in ihrer einstündigen Rede mit klarer Stimme, die sich immer wieder zu lebensschafflichem Pathos steigerte, ihre Anklage gegen das mörderische System des Kapitalismus erhob, und den nationalsozialistischen Landstnechten des Kapitals die Anklage ihrer Verbrechen des Arbeitermordes entgegenstellte, da saßen die Nazimaulhelden wie versteinert da, ohne einen Laut der Entgegnung hervorzubringen. Hitler sagte in seinem von uns oben zitierten Bericht: „Wer widerspruchslos duldet, daß die gleiche Klara Zetkin den Vorfall bei der Eröffnung des Reichstages führe, der mache sich der gleichen vaterlandslosen Gesinnung verdächtig.“ Hier bezieht sich also der „große“ Adolf seine Trabanten, die sich als die „Vaterlandsverteidiger“ bezeichnen, als vaterlandslose Gesellen, und hat damit fast den Nagel auf den Kopf getroffen, denn keine Partei hat jemals die Geschäfte des internationalen Kapitals besser gemacht und vertreten, als es die Nazis tun. Den nationalsozialistischen Anhängern, den irreführenden Propheten in der SA. und SS., sollte diese Tatsache einmal zum Nachdenken geben.

... werde alle Zuwiderhandelnden bestrafen.“

So heißt es in einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, die anfänglich der in den letzten Monaten erschreckend zunehmenden Unfälle infolge des Auf- und Abspringens in Bewegung befindlichen Straßenbahnwagen eingetreten sind. Vom April bis jetzt sind 17 Personen wegen Nichtbeachtung der einschlägigen Vorschriften verurteilt, davon im August allein zwei tödlich. Nach § 3 der Polizeiverordnung über den Schienenfahrzeugverkehr in der Stadt Breslau vom 2. April 1931 ist das Besteigen und Verlassen der Straßenbahnwagen nur beim Halten an den Haltestellen gestattet und sonst unter Strafe gestellt.

2.80 Mark an Unterstützung in 25 Tagen

(Erwerbslosentorrespondenz)

Was der von einer gewissen Volkschicht oft als Wohlfahrtsstaat bezeichnete Staat in Wirklichkeit für die werttätige Klasse und insbesondere für die Arbeitslosen ist, ist aus nachstehender Zuschrift eines Unterstützungsempfängers zu ersehen. Hören wir, was er uns schreibt:

„Seit 1. August gehe ich stempeln, jedoch erhielt erst am 25. August nach dreiwöchiger Wartezeit erstmalig eine Unterstützung in Höhe von 2,80 Mark. Was ich damit anfangen soll, ist mir tatsächlich ein Rätsel. Ich kann mich höchstens einmal davon lassen, mehr aber auch nicht. Kein Pfennig bleibt mir für die Miete, obgleich der Erste vor der Tür steht. Wo bleibt Verdienstmöglichkeit für die anderen Tage, von Bekleidung usw. ganz abgesehen. Die dauernden Lohn- und Gehaltskürzungen wirken sich ungeheuerlich bei den Arbeitern und Angestellten aus und nach ihrer Entlassung folgt für sie die Wartezeit, in der sie nicht wissen, wo sie etwas hernehmen sollen, denn die Löhne und Gehälter sind nicht so hoch, daß sie eine Wartezeit von drei Wochen tragen. Doch darüber machen sich die Herren am sogenannten grünen Tisch kein Gewissen. Der heutige Staat ist kein Wohlfahrtsstaat für die Arbeiterschaft, aber für die Unternehmer.“

Der Schreiber dieser Zeilen bringt auch zum Ausdruck, daß die heute herrschende Klasse nicht mehr in der Lage ist, den Arbeitslosen das zu geben, was sie unbedingt zum Leben brauchen und fordert deshalb, sie solle abtreten. Sie wird dies nicht freiwillig tun, das sagen wir den Arbeitern aller Schichten täglich und stündlich. Die heute herrschende Klasse, die das Proletariat ausbeutet, ausbeutet und ihm nicht das Notwendigste zum Leben läßt, wird nur

Jungkommunisten tragen die Antifaschistische Aktion in die Betriebe

Breslau. Diese Lösung machten sich die Jungkommunisten von Breslau-EiB zu eigen. Was machte der KJVD, um diese Lösung zu verwirklichen? Zuerst wurde der Stern-Betrieb in der Lohestraße vorgenommen, eine Metallbude, die 27 Lehrlinge, jedoch nur 6 Gesellen und zirka 6 Arbeiter beschäftigt.

Um einige Mitteilungen über die Lage der Jungarbeiter im Betriebe zu bekommen und um mit den Jungarbeitern in nähere Verbindung zu kommen, wurden zunächst unsere Zeitung, „Die Junge Garde“, und unsere Jugendbroschüren vor dem Betriebe nach Feierabend verkauft. Aus den Diskussionen, die wir mit den Jungarbeitern hatten, erhielten wir folgende Tatsachen aus dem Betriebe mitgeteilt:

1. Die Wertschulzeit sowie die Materialien, wie Zirkel, Bleistifte usw. müssen von den Jungarbeitern selbst bezahlt werden.
2. Der Waschraum ist saumäßig.
3. Es wird weder Handtuch, noch Seife den Jungarbeitern gegeben, um sich nach der Arbeit waschen zu können.
4. Es ist kein Spind für die Sachen vorhanden.
5. Es wird kein Gehraum für die Arbeiter und Lehrlinge zur Verfügung gestellt.
6. Es werden die Dreherlehrlinge erst Ende des zweiten Lehrjahres an die Drehbank herangefahren.

Alle diese bestehenden Mängel, die die Tagesforderungen nicht nur der Jungarbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft sind, brachten wir mit dem Ablauf des Tarifvertrages in der Metallindustrie, der

mit einem ungeheuren Lohnraub verbunden ist, in Zusammenhang. Darüber hinaus auch mit dem faschistischen „Wirtschaftsprogramm“ der Papen-Regierung. Jetzt geben wir eine Betriebszeitung für diesen Betrieb heraus.

In dieser Betriebszeitung zeigen wir den Jungarbeitern auf, wie sie ihre obigen berechtigten Forderungen durchsetzen können (Wahl von Vertrauensleuten, kleine Aktionen im Betrieb usw.) und nach Rücksprache mit einigen antifaschistischen Jungarbeitern aus dem Betriebe, riefen wir auch auf zur sofortigen Bildung

Der roten Jugend-Betriebswehr.

Der vorläufige Erfolg dieser Arbeit war der, daß der KJVD. EiB zwei Jungarbeiter von Stern für den Jugendverband werben konnte und auf eine ganze Reihe von antifaschistischen Jungarbeitern rechnen kann, die sich in die rote Jugend-Betriebswehr einschreiben werden. Bei diesem Erfolg werden wir aber nicht stehen bleiben, sondern werden solange trommeln, bis alle Jungarbeiter erkannt haben, daß nur der Weg des Kampfes der Weg ist, der zum Siege führt!

Darum, Jungarbeiter! Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September, marschiert mit den Jungkommunisten gegen Lohnraub und faschistische Unterdrückung der Jugend, für eure berechtigten Tagesforderungen!

Feiger Naziüberfall auf Arbeiterhaus Lohestraße 65

Breslau. Die Überfälle der Nazis auf wehrlose Arbeiter zeichnen sich immer durch besondere Feigheit und durch Viehische Gemeinheit und Brutalität aus. Es ist zum System geworden, immer einzelne Arbeiter von einer Uebermacht zu überfallen. Dagegen kreifen die „Welden“ und verstreuen sich, wenn eine größere Anzahl Arbeiter auf der Straße sichtbar wird.

Ein solcher feiger Überfall wurde vorgestern gegen Abend auf das Haus Lohestraße 65 unternommen, wo nur Arbeiterfamilien wohnen. Die Nazis entbanden zuerst eine Patrouille von vier Mann, um auszulundschaften, ob die „Luft rein“ sei. In der Tür des genannten Hauses standen zwei Jungarbeiter, die auf den Sittlergruß der Nazibanditen mit „Rot Front“ antworteten. Darauf schlugen die Nazis, alle vier, mit ihren Knöpfschloßern auf die beiden Jungarbeiter ein, die nichts zur Abwehr besaßen. Die Nazis belamen es jedoch mit der Angst zu tun, es könnte noch jemand aus der Tür kommen und riefen deshalb das ganze Naziüberfallkommando heran, die nun zu Rad und zu Fuß in Stärke von 40 Mann erschienen. Der Hausmeister Jochim versuchte daraufhin die Tür zu schließen, worauf er angebrüllt wurde: „Geh weg, Du Lerge, wir schlagen Dich Krüppelig.“ Auch die Frau des Hausmeisters wurde bedroht. Das wie immer zu spät eintreffende Polizeiauto hinderte die Nazis zwar, ins Haus einzudringen und Arbeiterwohnungen zu überfallen, aber es wurde auch kein einziger der feigen Attentäter von der Polizei gefaßt. Mit den geschlagenen Jungarbeitern ging ein Polizeibeamter zu dem auf der Lohestraße 77 gelegenen Nazilokal „Zur Pflaume“, um einen der beteiligten Stroiche, der erkannt wurde, zu suchen. Er war jedoch schon ent-

schlüpft, wahrscheinlich zu dem ehemaligen Polizisten Anders, der nebenan ein Bündel hat und dessen Nazigeinnung die Arbeiter veranlaßt hat, dort nicht mehr zu laufen, so daß dieser Nazi aus Mangel an Geschäftsgang sein Bündel verkaufen will. Ein großer Teil der braunen Mordbanditen war uniformiert und der größte Teil von ihnen hatte Stahlruten, Gummiknüppel, ja selbst Reitpeitschen mit Eisenkugeln am Ende in der Hand. Die Nazistrolche wurden mit dem Kommando „Wache zu rück!“ nach dem braunen Haus zurückbeordert, nachdem sie vorher noch eine neue Überfall- und Mordandrohung den dortigen Einwohnern zugerufen hatten. „Hier draußen wird noch einmal gründlich aufgeräumt!“ brüllten sie die Straße entlang.

Arbeiter, Antifaschisten, sorgt dafür, daß den Nazis das „gründlich aufräumen“ schlecht bekommt, sorgt durch einen starken roten Massenelbstschutz und durch Schutzstaffeln in jedem Haus dafür, daß die Straßen Breslaus von den Arbeitern beherrscht werden! Mägi vor allen Dingen die Antifaschistische Aktion in die Betriebe, damit das wahr wird, was der Bezirksleiter der KPD, Genosse Sandtner, in der machtvollen antifaschistischen Rundgebung im Zirkus Busch vor den preußischen Landtagswahlen sagte:

Schießen und schlagen die Nazis und Polizei, dann streifen die Betriebe! Wird der Hunger durch Notverordnungsdictatur vergrößert, dann streifen die Betriebe! Ohne den Streik der Betriebe kein Sieg des Proletariats! Jetzt muß Schluss sein mit der Duldung des Hungers und des Elends. Jeder Revolutionär und Antifaschist auf seinen Posten!

Internationaler Jugendtag, eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft

Noch immer gibt es einen Teil von Arbeitern, die da glauben, daß der Internationale Jugendtag am 3. und 4. September nur eine Angelegenheit der Jugend respektive der Jugendorganisation sei. Das ist natürlich nicht richtig. Der Internationale Jugendtag ist eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft und muß demzufolge von allen revolutionären, antifaschistischen Organisationen unterstützt werden. Es gilt den Kampf zu führen gegen Arbeitsdienstpflicht, gegen Militarisierung der Jugend, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Arbeit, Brot und Freiheit.

Provokateure auf dem Ritterplatz

Am gestrigen Tage bildete sich gegen mittag 12 Uhr an der Markthalle Ritterplatz eine kleine Ansammlung. Es bildeten sich diskutierende Gruppen, unter denen ein Nazi in einer Lederweste beobachtet wurde, der in der Dofentafel einen Totschläger hatte. Derselbe versuchte Anrempelungen und Provokationen unter den Diskutierenden. Er wurde jedoch von einer Anzahl sich dort befindlicher Parteigenossen beobachtet und aus der umstehenden Menschengruppe herausgebracht. Bezeichnend ist hierbei noch, daß ein Polizeibeamter, der gerade vom Einkauf kam und auf den Burtschen aufmerksam gemacht wurde, erklärte, er hätte keine Zeit und es wäre auch nicht seine Aufgabe.

Im Kampf gegen Zwangsarbeit schafft Jugendaktivs der JAK! Erfüllt den Plan der Jugendwerbekampagne vom 1. September bis 1. Oktober

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callz in m. Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Wir rufen die Massen zum Kampf gegen die Pläne der Papen-Regierung

Heraus zur Massenversammlung Freitag, 20 Uhr, im Schießwerder

Die kommunistischen Abgeordneten Karl Becker M. d. R. und Aug. Sandtner M. d. L. sprechen zu den Forderungen der Kommunisten im Reichs- und Landtag

Kein Betrieb, kein Schacht, keine Abteilung ohne einen Delegierten auf der Einheitskonferenz

Die Einheitskonferenz für das Waldenburger Revier findet am 4. September, vormittags 9 Uhr, im „Finsterbrunn“, Weißstein, statt. Wir fordern noch einmal die Betriebe, die Stempelstellen und alle proletarischen Organisationen auf, Delegierte zu dieser wichtigen Konferenz zu entsenden, und verpflichten vor allen Dingen die bestehenden Einheitsfrontorgane (betriebliche Kampfausschüsse, Erwerbslosen-ausschüsse, Einheitskomitees in den Orten, Leitungen des roten Massen Selbstschutzes) reiflos zu dieser Konferenz zu erscheinen.

Die vorbereitenden Kampfausschüsse der Antifaschistischen Aktion Weißstein und Dittersbach.

Vor der Sondergerichtsguillotine

Donnerstag, früh 10.30 Uhr, stehen Weißsteiner Antifaschisten vor dem Sondergericht in Waldenburg wegen „Aufruhr“. Wird hier eine Milde zu erwarten sein? Niemals. Parte Urteile gegen antifaschistische Arbeiter, milde Urteile gegen Nazibanditen. Der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft wird auch diese Unge-rechtigkeiten hinwegfegen. Stärkt die Antifaschistische Aktion.

Reichsbannerarbeiter wegen Waffenbesitz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt

Waldenburg. Der Reichsbannerarbeiter Weigmann aus Mi- schig, stand am 30. August vor dem Schöffengericht Waldenburg. In der Wahlnacht nahm ihm die Polizei in Felshammer einen Gummiknüppel und einen Dolch ab. Er trug diese Waffen, weil be- kannt geworden war, daß Nazis Überfälle auf Arbeiter durchführen wollten und er den Weg von Felshammer bis Mi-Schig allein gehen mußte. Er wußte nicht, daß diese Waffen angemeldet werden mußten. Die Waffen wurden eingezogen und W. zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis verurteilt. Nazis, die Proleten nieder- schlagen, werden wegen „Notwehr“ freigesprochen und zu neuen Verbrechen angereizt.

Ein Nazi betrügt das Arbeitsamt Waldenburg

In Waldenburg hatte sich wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug der Nazi Koller aus Waldenburg. Neben einem Krankengeld von 30 Mark wöchentlich, bezog er vom Arbeitsamt eine wöchentliche Unterzahlung von 24 Mark und betrug auf diese Weise das Arbeitsamt um 200 Mark. Als Entschädigung gibt er an, daß seine Frau in der 7. Schwangerschaft 200 Mark Schulden gemacht habe. Koller verdiente in den letzten 20 Wochen 1500 Mark. Dieser Verdienst konnte für die Frau die Kosten von 2000 Mark im Alter von 15 und 17 Jahren durch- aus zum Lebensunterhalt reichen. Im Dritten Reich soll er ja mit einem solchen Preisvertrieb nicht Summe auskommen.

Trotzdem er wegen derartigen Delikten schon verurteilt war, fand er wegen seiner „Notlage“ milde Richter und wurde anstatt zu der Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus, nur zu einer Gefängnis- strafe von vier Monaten verurteilt.

Man stelle diese zwei Urteile gegenüber. Vier Monate Gefängnis für einen Arbeiter, der Waffen trug, weil er einen Überfall ver- mutete. Vier Monate Gefängnis für einen Nazi-Betrüger, der schon wegen solchen Delikten verurteilt ist.

„Im Namen des Volkes!“

Leere Worte aber kein Kampf für die proletarischen Mieter

Ober-Waldenburg. Am 22. August tagte der Mieter-Schutzverein Ober-Waldenburg. In dieser Versammlung sprach Genoschke von der SPD. über die Neuregelung der Mietverhältnisse für Bedürftige. Seine Ausführungen umfassen lediglich die rechtlichen Bestimmungen. Jemand ein Ausweg oder ein Wort des Kampfes gegen diese brutale Ausbeutung der hungernden Massen kam nicht über seine Lippen. Der kommunistische Aktionist wies in der Ausdrucksweise darauf hin, daß durch die vielen Mietverordnungen das Elend der proletarischen Massen nicht nur unabweisbar gesteigert wird. Bereits die in Ur- teil stehende Mieterchaft ist durch die vielen Preisverhöhen zur Zahlung der Miete nicht mehr in der Lage. Man müßte deshalb die Zahlung der in der Miete eingeschlossenen Abgaben (Grundver- mähren, Haussteuer, Kanalgebühren und Wassergeld) einstellen. Man muß weiter die Erwerbslosen und Rentner, denen man die Unterstützung durch die letzte Mietverordnung noch bedeutend redu- ziert, die Mieten erlassen. Der Grundgedanke ist das Essen, dann die Miete wird heute von tausenden in bitterster Not befindlichen Prole-

Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag

am 3. und 4. September

Die schlesische Jugend marschiert zum Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September in folgenden Orten auf:

Breslau, Waldenburg, Langenbielau, Görlitz, Bunzlau, Hirschberg, Clegnick, Glogau und Glaz

Müßt zu mächtigen Kampfundgebungen und Kampfan- märchen! Der 18. Internationale Jugendtag, der Tag der Jugend in der Antifaschistischen Aktion, in roter Einheitsfront gegen Faschismus, imperialistischen Krieg und Reaktion.

tarlern zur Anwendung gebracht. Die schärfsten Maßnahmen ver- sucht man, gegen die Mietverweigerer anzuwenden. Die Solidarität der proletarischen Massen muß die Ermittlungsoffensive verhindern. Genosse Zielgenit wies darauf hin, daß die Anträge des Reichs- bundes Deutscher Mieter, sowie die Anträge der SPD. an das Parla- ment, abfolat keine Besserung der Lage der proletarischen Mieter bringen könne. Nur durch Kampfmaßnahmen außerhalb des Parla- ments kann der weiteren Verelendung wirklich Einhalt geboten werden.

Der Referent Genoschke sowie die sozialdemokratischen Funktionäre Hirsch, Jante und Beder verteidigten sich zu der Freiheit, unserem Genossen Zielgenit vorzuwerfen, daß seine Ausführungen nicht von Solidarität zeugen. Die Vorschläge unseres Genossen seien gefeh- lhaft und könnten nur zu Zusammenstößen mit dem Staatsapparat führen. Die Mieter von Waldenburg werden aber den Kampf um ihre Interessen aufnehmen müssen. Die Sozialdemokratie, als Staats- erhaltende Partei, kann die werktätigen Massen im Bekämpfungskampf nicht mehr führen, darum ist es Pflicht eines jeden Proletarier, sich in die Reihen der Antifaschistischen Aktion einzugliedern und den ge- meinsamen Kampf aufzunehmen.

Die neue legale Bewaffnung der Nazis: Reitpeitschen

(Jungarbeiterkorrespondenz.)

Gottesberg. Überall kann man beobachten, daß die SA- und SS-Banditen mit Reitpeitschen bewaffnet sind. Auch in Gottesberg stolchen die Salz-Affen in den Abendstunden mit diesen Peitschen durch die Stadt. Erst war es nur der Sturmjäger Sohn, einer

Aus Niederschlesien

Kampfgroß der Roten Helfer an die politischen Zuchthausgefangenen

Wohldau. Der „Bürgerfrieden“ der Papen und Bracht soll dazu dienen, den Kampf gegen die Klassenjustiz zu verhindern, soll nach dem Willen von Papen und Bracht die Kampftrakt der Arbeiterchaft lähmen. Je während die Klassenjustiz mit, umso mehr wachsen die Kräfte des zum Kampf bereiten Volkes. Unter Städtchen Wohldau ist jetzt durch die Überführung der durch das Sondergericht verurteilten Antifaschisten ins Licht der Öffentlichkeit gezogen worden.

Zuchthaus Wohldau, schon der Name ruft bei dem behabigen „Alt- jama“ und getreuen Staatsbürger ein Grinsen hervor. Nicht aber bei der werktätigen Bevölkerung von Wohldau. Zuchthaus Wohldau, das weiß die hiesige Arbeiterchaft, ist ein Schreckensort für die proletarisch-politischen Gefangenen. Unter Auf, Rote Hilfe tut Not, ist auch hier nicht ungehört verhallt. Eine dieser Tage stattgefundene Mitgliederversammlung bewies, daß auch hier die Kräfte im Kampf gegen die Klassenjustiz wachsen. 14 neue Streiter im Kampf gegen die Klassenjustiz, darunter sozialdemokratische Arbeiter, sind der äußere Erfolg der Werbetätigkeit.

Um den eingekerkerten Klassengenossen ihre Solidarität kund zu tun, hat die hiesige Ortsgruppe der Roten Hilfe die Patenschaft über die proletarisch-politischen Gefangenen übernommen.

Heraus mit den Opfern der Klassenjustiz, heraus mit den durch Sondergericht verurteilten Klassengenossen, dies ist unser Kampfziel. Folgender Aufruf wurde einstimmig beschlossen:

Ortsgruppe Wohldau
der Roten Hilfe
Wohldau, den 30. August 1930.

An die politischen Gefangenen
Zuchthaus Wohldau.

Werte Klassengenossen!
Die roten Helferinnen und roten Helfer der Ortsgruppe Wohldau der Roten Hilfe senden euch Klassengenossen hinter Kerker- mauern die brüderlichsten Kampfgrüße. Wir roten Helfer an dem Orte eurer Kerkermauern betrachten uns auf vorgeschobenen Posten im Kampf gegen die Klassenjustiz und übernehmen mit dem heutigen Tage die Patenschaft über alle politischen Gefangenen des Zucht- hauses Wohldau. Insbesondere begrüßen wir jene Klassengenossen, welche durch das auferziehende Klassenurteil des Sondergerichts Brie- ge Langjähriger Zuchthausstrafen verurteilt worden sind und zur Strafverbüßung nach dem Zuchthaus Wohldau überführt worden sind.

Wir roten Helfer sind mit euch trotz Kerkermauern in dem Ge- danken des Kampfes gegen die Klassenjustiz verbunden. Eure Leiden sind unsere Leiden. Unsere ganze Kraft werden wir darin setzen, hier am Orte eurer Kerkermauern die Bevölkerung zum Kampf gegen die Klassenjustiz, zum Kampf um eure Befreiung anzukurbeln. Ihr seid nicht die Zuchthaussträfer, zu dem euch die Klassenrichter durch das ausgeprochene Urteil stempeln wollen. Das Zuchthauskleid, in das man euch gezwängt hat, ist für euch ein Ehrenkleid, ist für euch auch uns die Uniform des aufrechten Klassenkämpfers, der seine ganze Kraft und sein Leben im Kampf gegen Nazibanditen und im Kampf um die Befreiung des werktätigen Volkes eingesetzt hat.

Wie habt ihr ein Kleid ehrenvoller getragen, als ihr jetzt den Zuchthauskleid trägt. Schon gehen in der Stadt Gerüchte herum, daß man euch am vergangenen Sonntag zum Teil wieder mit Arreststrafen belegt hat.

Durch die Übernahme der Patenschaft übernehmen wir auch die Verpflichtung, euch in euren Leiden beizugehen. Klassengenossen, verzagt nicht, wir arbeiten unermüdet durch Einsetzung anderer

ber ältesten Subjekte, der mit dem „ungefährlichen Instrument“ seine „Spaziergänge“ unternahm.

Ein Jungarbeiter erkundigte sich bei der Polizei, ob diese Provo- kation gestattet ist. Dort wurde erklärt, daß eine Verordnung, nach der das Tragen von Reitpeitschen verboten sei, nicht bestche.

Die Vorgänge vom 20. April stehen allen Proleten noch in guter Erinnerung. Jungkommunisten, die mit einem Stock angetroffen wurden, wurden verhaftet und diese Forderungen mit Reitpeitschen provozieren. Sie tragen doch die Peitschen lediglich zu dem Zwecke, Arbeiter niederzuschlagen.

Die Arbeiterchaft wird sich ab- zu helfen wissen. Der rote Massen Selbstschutz wird verhindern, daß revolutionäre Arbeiter von den brannenden Banditen wie Hunde geschlagen werden. Laßt euch sofort in die Listen des Massen Selbstschutzes eintragen.

Ihr, Jungarbeiter, marschiert mit uns zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September in Waldenburg auf.

Ein Vermieter will sich noch Sonder- einnahmen verschaffen

Polzsch. Ein besonders „achtiger“ Mann ist der Vermieter Alfred Schloffer aus Polzsch. Für ihn ist die Miete, die die Prole- tarier für die Wohnungen bezahlen müssen, noch zu niedrig. Er verlangt deshalb von den Mietern für ihren Kohlenstuppen eine Sondergebühr. Grund dazu ist, daß das Stuppenbad, das seit etwa 40 Jahren keiner Reparatur unterzogen wurde, erneuert werden muß. Der Vermieter Schloffer scheint sich allerdings selbst bereits darüber im Klaren zu sein, daß er von den Mietern keinen Groschen zur Reparatur erhalten wird. Er ist daher auf den „genialen“ Ge- danken gekommen, von den Mietern, die keine Gelder bezahlen können und in dem Stuppen einige „Proletarier Schweine“ (Ma- nischen) mästen, zu verlangen, als Ersatz für eine Beihilfe für den Herrn Vermieter einen fetten Karnidel zu opfern.

Herr Schloffer hat sich auch bereits in anderen Fällen so „vor- nehmen“ gezeigt. Im Haus Nr. 66 hat eine Mieterin einem Mädchen die Kammer als Schlafstätte abgelaufen. Als Herr Schloffer davon erfuhr, erklärte er das Mädchen als Untermieterin und verlangte pro Monat 1 Mark für Treppenabnutzung, da das Mädchen morgens und abends, um in ihre Kammer zu gelangen, die Treppe benutzen muß.

Die proletarischen Mieter werden dafür sorgen, daß der Ver- walter Schloffer weder eine Entschädigung für die Reparatur, noch einen fetten Karnidel von den hungernden Arbeitern ergaunern kann. Die Mieter werden zur Selbsthilfe schreiten, um den Ver- walter in seine Schranken zurückzuweisen.

ganzen Kraft und wenn es sein muß, durch die Einsetzung unseres Leben für eure Befreiung.
Es leben die proletarisch-politischen Gefangenen!
Es lebe der antifaschistische Kampf!
Es lebe der Kampf gegen die Klassenjustiz!
Ewig hält man euch nicht, kämpfend siegen eure Brüder, führen wieder euch ans Licht.
Ortsgruppe Wohldau der Roten Hilfe.

Landjäger verbietet Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“

Gebhardtshof bei Lauban. Die kommunistischen Genossen hatten am Freitag, dem 26. August, vor dem Textilbetrieb Winkler einen Zeitungsverkauf organisiert. Nach einiger Zeit stellte sich der dortige Landjäger bei den kommunistischen Verkäufern ein und verlangte den weiteren Verkauf abzubrechen, da der Verkauf von Zeitungen vor den Betrieben nur in der Wahlperiode gestattet sei. Nach Ansicht der Genossen war der Landjäger von Nazis benachrichtigt worden, um die kommunistische Agitation vor dem Textilbetrieb zu unterbinden. Die Genossen unterbrachen auch ihren Verkauf und setzten am Abend bei der zweiten Schicht vor dem Betriebe ihren Verkauf fort. Das Ergebnis dieses Zeitungsverkaufes kann als sehr gut bezeichnet werden.

Die Genossen haben sich dort von dem Landjäger irreführen lassen. Kein Landjäger hat das Recht dazu, den Zeitungsverkauf zu irgendwelcher Zeit vor dem Betriebe zu unterbinden. Die Genossen sollen sich in Zukunft von dem betreffenden Polizeibeamten den Paragraphen zeigen lassen, auf den er seine Maßnahme stützt, damit solche Fälle in aller Öffentlichkeit angeprangert werden können. Organisiert auch in Zukunft den Zeitungsvertrieb vor dem Betrieb und verbindet den Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ mit der Werbung von Abonnenten, reißt die Textilarbeiter in die antifaschistische Front zum Kampfe um Arbeit, Freiheit und Brot ein.

Im Arbeitsdienstlager Schwujen bei Glogau

erkämpften die Jungarbeiter unter Führung des RJD. eine Herabsetzung der Arbeitszeit um drei Stunden

Jungarbeiter, Arbeitsdienstler!
In allen schlesischen Arbeitsdienststätten müßt ihr kämpfen um tarifliche Bezahlung, Verbesserung der Speisung, freie Lieferung von Arbeitszeug und Kleidung, gegen die Militari- sierung.
Demonstriert für diese Forderungen zum 18. Inter- nationalen Jugendtag am 3. und 4. September.